Enver Hoxha: Rede über die neue Verfassung

1 H 3752 CX

Seite 10 und 11

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 1 vom 7. Januar 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Albanien: Volksherrschaft, Recht auf Arbeit, Steuerfreiheit, kostenlose medizinische Versorgung...

Eine Verfassung, die das Volk gemacht hat

Einstimmig hat die albanische Volksversammlung die neue Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien verabschiedet. Dieses Ereignis ist nicht nur für das albanische Volk ein Schritt von großer historischer Bedeutung, sondern es zeigt auch uns, zu welchen Erfolgen und zu welchen Leistungen ein Volk fähig ist, das die kapitalistische Ausbeuterordnung zerschlagen, die Diktatur des Proletariats errichtet hat und den Sozialismus aufbaut. Aus dem Mund der bürgerlichen Politiker, ob sie nun Schmidt, Genscher, Kohl oder Strauß heißen, hören wir oft, daß unser Land angeblich eines der freiesten und das Grundgesetz angeblich eine der demokratischsten Verfassungen sein sollen. Diese Lüge wird nicht nur durch die Realität bei uns, sondern auch durch die Existenz des sozialistischen Albanien und seine neue Verfassung widerlegt.

Die neue Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien schützt und verteidigt die Interessen der Werktätigen, während die Verfassung der Bundesrepublik, das Grundgesetz, die Interessen einer Handvoll kapitalistischer Ausbeuter und ihres Anhangs, die den Werktätigen im Nacken sitzen, sie ausbeuten, ausplündern und unterdrücken, schützt und verteidigt. Bekanntlich finden sich im Grundgesetz zahlreiche Artikel über die „Würde des Menschen", über „Freiheit" und die „Gleichberechtigung". Es heißt darin auch: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Aber diese Artikel und die Versprechungen, die sie enthalten, sind nicht einmal das Papier, auf dem sie gedruckt sind, wert. Kaum sind sie niedergeschrieben, werden sie oft schon im nächsten Satz wieder eingeschränkt oder ganz zurückgenommen. Zwischen den in der Verfassung niedergeschriebenen Versprechungen und der Wirklichkeit gibt es eine tiefe Kluft. Wenn die Staatsgewalt tatsächlich in den Händen des Volkes und nicht in den Händen der Kapitalisten liegen würde, wäre es dann möglich, um nur einige Beispiele zu nennen, daß es bei uns auch nur einen einzigen Arbeitslosen gäbe? Wäre es dann möglich, daß die Preise in jedem Jahr in die Höhe schnellen und die Steuern angehoben werden, während die Löhne und Gehälter der Arbeiter und kleinen Angestellten im Vergleich dazu ständig sinken? Wäre es dann möglich, daß Hunderttausende von Bauern von Haus und Hof vertrieben werden? Wäre es dann möglich, daß einige wenige Kapitalisten immer reicher werden, während der Lebensstandard der werktätigen Massen ständig sinkt? Sicher nicht. Die rücksichtslose Verpestung und Verschmutzung der Umwelt durch die Kapitalisten wäre ebenso undenkbar wie der Bau von Atomkraftwerken gegen den Willen der Werktätigen, wie der brutale Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz gegen die Bevölkerung wie in Brokdorf. Das Grundgesetz verbietet z. B. die Vorbereitung eines Angriffskrieges. Tatsächlich aber sind auf dem Territorium der Bundesrepublik über 200 000 amerikanische Besatzungssoldaten und andere ausländische Truppen stationiert, um den aggressiven Zielen des amerikanischen Imperialismus zu dienen, in dessen militärischer Doktrin die Taktik der „verbrannten Erde", der Verwüstung ganzer Landstriche der Bundesrepublik durch Atombomben und andere Waffen fest eingeplant ist. Tatsächlich rüstet sich die Bundeswehr im Rahmen des aggressiven Nato-Paktes zur Beteiligung an einem imperialistischen Weltkrieg.



Die neue Verfassung des sozialistischen Albanien garantiert den Frauen die volle Gleichberechtigung. Unser Bild: Genosse Enver Hoxha im Gespräch mit weiblichen Delegierten des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens.

Die Staatsgewalt geht nicht vom Volke aus, sondern richtet sich gegen das Volk. Wenn die Werktätigen wirklich darangehen, für ihre Lebensinteressen und für demokratische Freiheiten zu kämpfen, tritt ihnen der kapitalistische Staat mit Gewalt und Terror entgegen. Und für den Fall, daß ihre Herrschaft durch die proletarische Revolution ernsthaft bedroht ist, hat sich die westdeutsche Bourgeoisie bereits jetzt mit den Notstandsgesetzen eine legale Möglichkeit geschaffen, erneut ihre faschistische Diktatur zu errichten. Schon jetzt heißt es im Grundgesetz, daß alle Rechte und Freiheiten sowieso nicht für den gelten, der sie „zum Kampfe gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung mißbraucht". Zu deutsch: Wer für die Freiheit kämpft, für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, der hat keinerlei Anspruch auf die wenigen demokratischen Rechte, die das Grundgesetz noch garantiert. Hinter der demokratischen Fassade des

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

AEG-Kapitalisten planen 1400 Entlassungen

"Mit weniger Leuten mehr produzieren"

AEG, der zweitgrößte Elektrokonzern, plant für das neue Jahr, wie schon seit längerem bekannt ist, Stillegungen und Entlassungen von beträchtlichem Ausmaß. Inzwischen läßt sich aus den nur bruchstückhaft bekanntgegebenen Informationen ein genaueres Bild über die geplanten Maßnahmen gewinnen. Insgesamt sollen ca. 1.400 Arbeiter und kleine Angestellte auf die Straße geworfen werden. Allein in Westberlin sollen 1.000 Kolleginnen und Kollegen entlassen werden. Dort soll das Werk in der Ackerstraße geschlossen werden, während gleichzeitig noch in weiteren Werken, z. B. in der Brunnenstraße, Massenentlassungen vorgesehen sind. Im Bundesgebiet wollen die AEG-Kapitalisten die Werke in Vechta (bei Oldenburg) und Zeil (Franken) zumachen. Massenentlassungen soll es darüber hinaus auch in den Werken Oldenburg und Nürnberg geben.

Was ist der Grund für diese brutale Vernichtung von Arbeitsplätzen? Sind die Aufträge für AEG zurückgegangen, haben sich die Absatzmöglichkeiten in letzter Zeit eingeengt? Keineswegs. AEG konnte im vergangenen Jahr einen um 12% gestiegenen Auftragseingang verbuchen. Der Umsatz konnte im vergangenen Jahr beträchtlich gesteigert werden. Im Westberliner Fernsehen sprach AEG-Vorstandsmitglied Dr. Cipa mit zynischer Offenheit aus, was der Grund für die geplante Maßnahme ist: „Wir werden mit weniger Leuten mehr produzieren", sagte Cipa wörtlich. Unter den Arbeitern und kleinen Angestellten herrscht große Empörung über die skrupellosen Angriffe der AEG-Kapitalisten und ihre maßlose Profitgier. Sie wollen kämpfen und ihre Arbeitsplätze verteidigen. Der Gewerkschaftsapparat jedoch boykottiert diese Kampfbereitschaft mit allen Mitteln. So trafen z. B. AEG-Betriebsräte in Westberlin mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz zusammen, um ihm ihre „Sorge um den Erhalt der Arbeitsplätze" vorzutragen. So versuchen sie, Illusionen zu schüren, als ob die bürgerlichen Politiker und der kapitalistische Staat sich für die Arbeiter und kleinen Angestellten einsetzen würden. Das ist Betrug! Die Stillegungen und Entlassungen können einzig und allein durch den revolutionär geführten Kampf der Werktätigen gegen die Kapitalisten und ihren

Fortsetzung auf S. 5, Spalte 4

Grosse öffentliche Abschlussveranstaltung

Es lebe der 3. Parteitag der KPD/ML !

Samstag, 5. Februar 1977, 10 Uhr
Ludwigshafen, Friedrich-Ebert-Halle

AUS DEM INHALT

Corvalan gegen Bukowski ausgetauscht – Ein schmutziges Geschäft 2
Radio Tirana zum 8. Gründungstag der KPD/ML 3
Tarifbewegung – Betriebszeitungen entlarven IGM und ÖTV-Apparat 4
BASF: Heißhunger nach Höchstprofiten 5
Fahrpreiserhöhungen in vielen Städten 6
Carillo – eine Stütze für den Demokratieschwindel 6
Über 100 Schüler demonstrieren gegen das Berufsverbot von Ulla Oehler 7
Zwei rote Kurzgeschichten 8
10 Jahre Januar-Revolution in Schanghai: „Rebellion gegen die Reaktionäre ist gerechtfertigt" 9

Eine Verfassung, die das Volk gemacht hat

Fortsetzung von Seite1

Grundgesetzes verbirgt sich die Diktatur der Bourgeoisie über die Werktätigen, verbirgt sich die Tatsache, daß es für die werktätigen Massen keine Freiheit und keine wahre Demokratie geben kann, solange das Joch der Lohnsklaverei noch besteht und die Diktatur des Proletariats noch nicht errichtet ist. Solange bleiben die im Grundgesetz verbrieften und besiegelten Rechte des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der darauf beruhende Schutz der kapitalistischen Ausbeuterordnung oberstes Gesetz.

Die neue Verfassung des sozialistischen Albanien ist millionenfach demokratischer als das Grundgesetz. Während dieses in jeder Beziehung den Stempel der kapitalistischen Ausbeuterordnung trägt, erhebt jene das Banner der Freiheit, der Demokratie und des Sozialismus, ist sie Ausdruck der Tatsache, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist und die Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei selbst die Geschicke des Landes und des sozialistischen Staates leiten. Die neue Verfassung des sozialistischen Albanien legt fest, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern und die Schicht der Volksintelligenz die Herren des Landes sind. Die Diktatur des Proletariats garantiert ihnen die weitestgehenden demokratischen Freiheiten und Rechte, während sie den Ausbeutern alle Rechte, die Werktätigen auszubeuten, auszuplündern, zu unterdrücken und ideologisch und kulturell zu verseuchen nimmt. „In der Sozialistischen Volksrepublik gibt es keine Ausbeuterklassen“, heißt es deshalb ausdrücklich in Verfassung. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sind beseitigt und verboten. Verboten ist deshalb auch die Bildung jeder faschistischen, antidemokratischen, religiösen oder antisozialistischen Organisation, jedes Anstacheln von Völker- und Rassenhaß. Mit dem Sturz der in- und ausländischen Ausbeuter durch die Volksrevolution wurden auch die schweren Folgen der Ausbeutung beseitigt, die in den kapitalistischen Ländern auf den Werktätigen lasten. In der neuen Verfassung konnte deshalb das Recht auf Arbeit und seine Garantie durch den Staat ebenso verankert werden, wie die kostenlose ärztliche Betreuung und die vollständige Befreiung der Werktätigen von Steuern und Gebühren.

Der albanische Staat schützt und verteidigt nicht die Interessen einer Handvoll kapitalistischer Ausbeuter, sondern die Freiheit der Werktätigen, die Errungenschaften der Volksrevolution und des sozialistischen Aufbaus. Alle seine Organe, die Angehörigen der gewählten Vertretungen und staatlichen Einrichtungen dienen den Werktätigen, sind eng mit ihnen verbunden und unterliegen der direkten Kontrolle der Werktätigen. Zwischen ihnen und dem Volk gibt es keinen Graben wie in den kapitalistischen Ländern, wo Polizei und Armee das Volk unterdrücken, wo sich die Bürokraten breitmachen und die Abgeordneten heute das Blaue vom Himmel herunter versprechen, morgen aber das genaue Gegenteil tun. Der albanische Abgeordnete ist eng mit den Werktätigen verbunden und sie haben das Recht ihnjederzeit von seinem Posten abzulösen und durch einen anderen zu ersetzen. Die Angestellten in den Verwaltungen dienen dem Volk und nehmen an der direkten Arbeit in der Produktion teil. Die Entstehung einer privilegierten Schicht wird nicht zugelassen.

Glänzendstes Beispiel dafür, daß die Werktätigen wirklich die Herren des Landes sind, ist die Tatsache, daß das albanische Volk bewaffnet ist, um seine Freiheit gegen jeden inneren und äußeren Feind zu verteidigen. Ein freies Volk in Waffen kann niemand bezwingen,und kein einziger kapitalistischer Staat könnte es sich erlauben, den unterdrückten und ausgebeuteten Massen, Gewehre in die Hand zu geben.

In Albanien gibt es keine ausländischen Militärstützpunkte oder Truppen und die Verfassung verbietet ihre Stationierung ausdrücklich. Sie verbietet ebenso die Vergabe von Konzessionen an die ausländischen Imperialisten oder die Annahme von Krediten von ihnen. Die Unterzeichnung der Kapitulation im Fall einer imperialistischen Aggression wird als Landesverrat gebrandmarkt.

So verteidigt das albanische Volk seine innere und äußere Freiheit, die Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus und die neue Verfassung spiegelt diese Tatsache wider. Sie beweist, daß, wie schon Lenin sagte, die Diktatur des Proletariats millionenfach demokratischer ist als jede x-beliebige bürgerliche Verfassung mit ihren verlogenen demokratischen Phrasen.

„Wir“, sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede am 27. Dezember, „gehen gegen den imperialistisch-revisionistischen Strom. Unser Strom ist die Revolution und der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, deren Platz der Sozialismus und der Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft, einnehmen wird. Diese Gesellschaft ist die Zukunft der Menschheit und sie wird durch Klassenkämpfe mit Blut und Opfern erlangt und errichtet werden. Errichtet aber wird sie auf jeden Fall. Der Imperialismus und der Sozialimperialismus sind im Verfaulen begriffen. Der Sozialismus wird siegen und die Welt wird von der imperialistischen und sozialimperialistischen Pest erlöst werden.“ In diesem Sinn zeigt auch uns die neue albanische Verfassung den Weg zu wahrer Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit: den Weg zur Diktatur des Proletariats und zum Aufbau des Sozialismus.

Corvalan gegen Bukowski ausgetauscht

Ein schmutziges Geschäft

Chiles Faschisten-Junta und die Moskauer Sozialfaschisten haben ein aufsehenerregendes Geschäft gemacht: Der chilenische Revisionistenführer Corvalan wurde gegen den reaktionären sowjetischen „Regimekritiker“ Bukowski ausgetauscht. Die Revisionisten jubeln „Corvalan freigekämpft“, während der chilenische Diktator Pinochet gleichzeitig triumphiert: „Wir haben auf der ganzen Linie gesiegt.“

Nehmen wir erst einmal die beiden Tauschobjekte genauer unter die Lupe. Zunächst Bukowski. Er ist sicher ein Gegner des Regimes in der Sowjetunion. Aber er kritisiert die sozialfaschistische Diktatur der neuen Zaren im Kreml nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse, der unterdrückten und ausgebeuteten Massen der Sowjetunion aus. Vielmehr propagiert er den Kapitalismus westlicher Prägung, feiert er die Ausbeuterstaaten des Westens als „wahre Demokratien“ usw. Er ist ein Reaktionär wie z. B. auch Solschenizyn. Die Tatsache aber, daß er in der Sowjetunion gefoltert, geschlagen und in psychiatrische Anstalten gesperrt wurde, wirft dennoch ein bezeichnendes Licht auf die Praktiken der sozialfaschistischen Machthaber in Moskau; denn die Methoden, die sie gegen diesen reaktionären „Oppositionellen“ angewandt haben, wenden sie auch und wahrscheinlich sogar noch brutaler gegen Tausende und Abertausende politischer Gefangenen an, die wegen ihrer revolutionären, fortschrittlichen Gesinnung in der Sowjetunion eingekerkert sind. Die Tatsachen, die der Fall Bukowski über die sozialfaschistische Diktatur der neuen sowjetischen Bourgeoisie enthüllte, sind für die Breschnew-Clique sehr unbequem. Schon vor einiger Zeit sind die Sowjetrevisionisten darauf gekommen, daß die Abschiebung der bequemste Weg ist, sich lästige bürgerliche „Dissidenten“ vom Hals zu schaffen. Das Angebot der chilenischen Faschisten, den Generalsekretär der revisionistischen Partei Chiles Corvalan gegen Bukowski auszutauschen, gab den Moskauer Sozialfaschisten zudem noch die Möglichkeit, die Abschiebung Bukowskis als antiimperialistische Solidaritätsaktion zu tarnen.

„Freiheit für Corvalan“ war die Hauptparole, mit der die modernen Revisionisten weltweit und mit ziemlichem Erfolg versuchten, die Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk für ihre Ziele zu okkupieren. Dabei kam es ihnen besonders darauf an, ihre eigenen Spuren als Wegbereiter des Faschismus in Chile zu verwischen. Während der Zeit der Regierung Allende und davor hatten die modernen Revisionisten – und dabei in besonderem Maße Corvalan persönlich – alle Kämpfe der chilenischen Volksmassen sabotiert und unterdrückt. Unter der betrügerischen Fahne des „friedlichen Weges zum Sozialismus“ verhinderten und bekämpften sie insbesondere Maßnahmen zur Bewaffnung des Volkes, während die faschistischen Mordbanden bis an die Zähne gerüstet bereits auf ihren Einsatzbefehl aus Washington warteten. Corvalan ist keineswegs der „unbeugsame, antifaschistische Märtyrer“ des chilenischen Volkes, als den ihn die Revisionisten verkaufen wollen. Er ist ein Feind der chilenischen Volksmassen und der Revolution in Chile. Tausende politische Gefangene, die in den Gefängnissen der Junta gefoltert werden, gehen mit auf das Konto des von Corvalan betriebenen revisionistischen Verrats.

Die Freilassung Corvalans, wie die anderer revisionistischer Führer, wird von der Pinochet-Bande schon seit langem keineswegs grundsätzlich abgelehnt. Die chilenischen Faschisten wollen vielmehr noch eine ganze Anzahl von inhaftierten Revisionisten freilassen, um sich international ein „humaneres“ Ansehen zu verschaffen. Sie suchten aber nach einer Möglichkeit, dies zu tun, ohne den Eindruck entstehen zu lassen, sie würden vor dem Druck der internationalen Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk zurückweichen. Deshalb machte Pinochet schon im September 1974 das Angebot an die Sowjetunion und Kuba, Corvalan und andere gegen sowjetische und kubanische Gefangene auszutauschen. Bislang hatten die Revisionisten diese Angebote stets mit der Lüge zurückgewiesen, in der Sowjetunion gäbe es keine politischen Gefangenen. Nachdem die Moskauer Sozialfaschisten sich jetzt – was durchaus angemessen ist – doch auf eine Stufe mit den chilenischen Faschisten gestellt haben, trommeln die modernen Revisionisten plötzlich, Corvalan sei „freigekämpft“ worden.

In Wirklichkeit wurde hier ein Reaktionär gegen einen anderen getauscht. Aus diesem dreckigen Geschäft versuchen nun die Faschisten in Santiago und die Sozialfaschisten in Moskau gleichermaßen Kapital zu schlagen. Die einen, um sich als Vorkämpfer der „freien Welt“ des Dollar-Imperialismus aufzuspielen, die anderen, um ihren verschlissenen Tarnmantel des Antiimperialismus und des Sozialismus wieder ein wenig neu zu drapieren.

Für alle, die mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen die faschistische Diktatur und ihre Drahtzieher in der Wallstreet Solidarität üben wollen, gibt es nur einen Weg: Sie müssen die Manöver der chilenischen Faschisten, der Moskauer Sozialfaschisten und der modernen Revisionisten insgesamt entschieden verurteilen und entschlossen den revolutionären Kampf des chilenischen Proletariats und der breiten Massen unter der Führung der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles unterstützen.

Offen gesagt ...

Auf dem rechten Auge blind

Selbst bürgerliche Zeitungen wie die „Frankfurter Rundschau“ sahen sich genötigt, anläßlich zweier Prozesse gegen Mitglieder der faschistischen „Aktion Widerstand“ festzustellen, daß die Justiz „nach rechts offenbar geschwächte Wahrnehmungskraft“ besitzt. So offen hatte die bürgerliche Klassenjustiz alles daran gesetzt, um eine Verurteilung der angeklagten Faschisten vor dem Dortmunder und dem Kölner Gericht zu verhindern.

Man muß sich das einmal vorstellen: Die angeklagten Straftaten der Faschisten wie schwere Körperverletzung, schwerer Sachschaden, Nötigung usw. wurden bereits vor fünf bis sechs Jahren begangen – jetzt erst standen sie zur Verhandlung. Ungestört haben sie während der ganzen Zeit ihre Verbrechen fortführen können. Drei Jahre allein brauchte die Kölner Staatsanwaltschaft, bis sie eine Anklageschrift formuliert hatte und zwei weitere Jahre brauchte die zuständige Strafkammer, ehe sie im Oktober 1976 den Prozeß eröffnete. Den Grund für diese lange Zeitspanne nannte der Pressesprecher des Gerichts offen heraus: „Die für politische Straftaten zuständige Kammer ist durch Prozesse mit Linksradikalen überlastet.“ Klarer hat kaum ein Vertreter der bürgerlichen Klassenjustiz, die doch stets so neutral tut, als würde sie gegen „links“ wie gegen „rechts“ vorgehen, zugegeben, daß in Wahrheit die Kommunisten und Revolutionäre verfolgt werden, während sich die Faschisten unter dem Schutz des Staates ausbreiten können. Daß dies jedoch keine Frage von „Überlastung“ ist, wird zumindest jeder wissen, der das zum Teil direkt faschistische Vorgehen des Kölner Richters Somoskeoy in den Prozessen gegen Genossen der Partei und andere Revolutionäre erlebt hat. Bei der Verfolgung der Faschisten ist die bürgerliche Klassenjustiz auf dem rechten Auge blind.

In dem Dortmunder Faschistenprozeß das gleiche. Das Amtsgericht wollte den Prozeß gegen die Faschisten gleich gar nicht behandeln wegen „Überlastung“. Und als es schließlich nach Jahren vor dem Landgericht zur Verhandlung kam, wollte der Richter das Verfahren kurzerhand einstellen: „Es gehört ja schon der Geschichte an.“ Diese offene Rechtsbeugung zugunsten der Faschisten mochte denn nicht einmal der Staatsanwalt riskieren. – Es wurde doch verhandelt.

Der Verlauf des Prozesses selbst zeigt, wie weiterhin alles getan wurde, um die Faschisten zu schützen. Bundespräsident Scheel, der wegen des Vorgehens der Faschisten bei einem seiner Vorträge als Zeuge geladen war, konnte sich an „keine Einzelheiten erinnern“. Ja, der Polizist, der damals von den Faschisten der „Aktion Widerstand“ niedergeschlagen worden war, gab vor, selbst das nicht mehr zu wissen. Dabei können sie sich – wenn es um Revolutionäre geht, sogar genau an Einzelheiten und Dinge erinnern, die es nie gegeben hat. Und während in Prozessen gegen unsere Partei schon ein „beschuhter Fuß“ zu einer „gefährlichen Tatwaffe“ wurde, war ei- Tränengaswaffe bei den Faschisten für den Staatsanwalt nicht einmal ein „gefährliches Werkzeug“.

Kurzum, die Urteile sprechen für sich: In Köln wurden von vier der angeklagten Faschisten nur zwei zu einer Strafe verurteilt. Und in Dortmund war es sogar nur einer von den Hauptangeklagten, der verurteilt wurde – und auch das nur wegen „Versammlungsstörung“. Er erhielt eine Geldstrafe von 2 000 DM. Eine Verurteilung auf Landfriedensbruch erfolgte nicht, weil die Richter, wie sie sagten, „erhebliche Schwierigkeiten“ hatten, „den Tatbestand nach neuen Paragraphen abzugrenzen“ – wen wundert es? Schließlich sind diese Paragraphen ja auch gegen Kommunisten, Revolutionäre und klassenkämpferische Kollegen gemacht.

Kurz berichtet

LAUBACH

Am 10. Dezember fand in Laubach die Gründungsveranstaltung der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der KPD/ML, statt. Die Genossen aus Laubach berichteten uns dazu: „Zur Bekanntmachung der Gründungsveranstaltung haben wir ein Flugblatt verfaßt, das an mehreren Schulen in Laubach verteilt wurde. Außerdem haben wir Plakate geklebt, auf denen zur Veranstaltung eingeladen wurde. Der Erfolg war groß: 44 Leute, überwiegend Jugendliche waren gekommen, die zum ersten Mal auf einer Veranstaltung der ROTEN GARDE waren. Unsere Rede „Was will die ROTE GARDE“ sowie der Auftritt des Agitations- und Propaganda-Trupps hat viele begeistert. Die Partei überreichte der ROTEN GARDE zur Gründung als Geschenk eine Fahne der Partei und einen Band der RM-Jahrgänge von 1967-69 sowie einen revolutionären Roman für die Eröffnung der Leihbücherei der ROTEN GARDE. Nach Beendigung des offiziellen Teils der Veranstaltung blieben noch viele Jugendliche da und diskutierten mit den anwesenden Genossen weiter. Die Spendensammlung, die wir für die Sektion DDR der KPD/ML durchführten, ergab 53 DM. Viele neue Kontakte haben wir durch diese Veranstaltung gewonnen. Hier hat sich für uns gezeigt, wie recht die Partei hat, wenn sie sagt, die Agitation und Propaganda auf dem Land sei sehr wichtig.“

BREMEN

In Bremen organisierte eine Stadtteilzelle der Partei eine Diskussionsrunde zum Programmentwurf der KPD/ML in der Bremer Neustadt. Zur Einladung hatten die Genossen kleine Handzettel gedruckt. Außer neuen Sympathisanten und Genossen der Partei waren 11 KBW-Genossen bzw. Kollegen, die dem KBW nahestehen, gekommen. Das Einleitungsreferat, das die Genossen der Partei hielten, stellte den Programmentwurf in Beziehung zur Gründung und Entwicklung der Partei und hob drei Punkte besonders hervor: den Kampf gegen den modernen Revisionismus, die nationale Frage und die Klassenanalyse, die die Partei im Programmentwurf vorgenommen hat. Die Diskussion war trotz der Differenzen mit den KBW-Genossen freundschaftlich. Die Sympathisanten und unorganisierten Kollegen merkten recht deutlich, daß der KBW den klaren marxistisch-leninistischen Positionen unserer Partei und besonders dem Programmentwurf nichts Überzeugendes entgegensetzen konnten. Nach dieser guten Erfahrung haben die Genossen der Zelle beschlossen, bald wieder eine solche Veranstaltung auf Stadtteilebene durchzuführen.

HERNE

Mitte Dezember wurde in Herne, wo die Partei im Kampf gegen den Opportunismus und Sozialchauvinismus der Gruppe Rote Fahne (KPD) 90% der Genossen und Sympathisanten der GRF im Laufe des Jahres gewonnen hat, die Ortsgruppe der KPD/ML gegründet. Im Sommer des Jahres 1976 war bereits in Herne die ROTE GARDE gegründet worden. Die Gründung der Ortsgruppe der KPD/ML in Herne, die unter allen Genossen in Herne große Begeisterung hervorgerufen hat, ist ein wichtiger Erfolg der korrekten Linie der Partei im Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus, der die Genossen in Herne anspornen wird, die Linie der Partei breit unter den werktätigen Massen zu propagieren und die Partei in der Arbeiterklasse in Herne fest zu verankern.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon:0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Radio Tirana

Zum 8. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

Am 31. Dezember sind es acht Jahre seit dem Tag, an dem die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten gegründet wurde. Das ist ein bedeutendes Ereignis für die deutsche Arbeiterklasse im Westen wie im Osten, für alle fortschrittlichen und revolutionären Deutschen. Die KPD/ML entstand unter den Bedingungen eines heftigen Kampfes gegen die Chruschtschow-Revisionisten und die Bachmann-Renegaten-Clique, die die Interessen der deutschen Arbeiterklasse verriet und die Revolution und die Ideale des Kommunismus aufgab. Die KPD/ML entstand als eine Partei der Arbeiterklasse und der unterdrückten Massen des deutschen Volkes. Sie ist die Fortsetzerin der besten revolutionären Traditionen des deutschen Proletariats, der alten KPD, die von dem ruhmreichen Sohn des deutschen Volkes, dem unbeugsamen kommunistischen Kämpfer Ernst Thälmann geführt wurde.

Seit ihrer Gründung hat die KPD/ML entschlossen in die Klassenschlachten des deutschen Proletariats eingegriffen, um seinen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu organisieren und zu führen. In diesen acht Jahren ihrer Existenz hat die KPD/ML, fest auf die unbesiegbare Lehre des Marxismus-Leninismus gestützt, einen entschlossenen Kampf zur Verteidigung der Lebensinteressen der werktätigen deutschen Massen geführt, für den Sieg der proletarischen Revolution und des Sozialismus.

Die Partei hat sich politisch, ideologisch und organisatorisch weiterentwickelt. Sie hat ihre Verbindungen mit den Massen erweitert. Sie hat an den Klassenschlachten gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung teilgenommen und setzt sich mutig dafür ein, sie zu führen.

Die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML Anfang dieses Jahres stellt einen neuen wichtigen Sieg der Marxisten-Leninisten und revolutionären Kräfte Deutschlands dar, einen großen Fortschritt für die deutsche Arbeiterklasse und ihre Vorhut im Kampf für die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten und für die Errichtung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Das ständige Studium der Lehren des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung auf die aktuellen Bedingungen des Landes lagen stets der Tätigkeit der KPD/ML zugrunde. Die Partei hat eingehend die politische Situation in beiden Teilen Deutschlands analysiert und die Hauptaufgaben ihrer Strategie und Taktik für den Sieg der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten festgelegt.

Im Gegensatz zu der Haltung der Revisionisten und verschiedenen Opportunisten hält die KPD/ML an dem Prinzip fest, daß der Hauptwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie alle anderen Widersprüche bestimmt und daß dieser Widerspruch nur durch die gewaltsame Revolution gelöst werden kann.

Die KPD/ML entfaltet ihre Tätigkeit unter den schwierigen Bedingungen des zunehmenden bürgerlich-faschistischen Terrors und der Anschläge des modernen Revisionismus. Von Anfang an wurde sie auf illegalen Grundlagen aufgebaut, da sie dies als die hauptsächliche Garantie dafür ansah, sich vor den Angriffen der Bourgeoisie zu schützen und den Sieg sicherzustellen. Die Partei handelt nach dem Prinzip: so illegal wie nötig und so legal wie möglich.

Die Partei hat Gewicht darauf gelegt, ihre Mitglieder in der marxistisch-leninistischen Theorie zu schulen, sie ständig an der täglichen revolutionären Arbeit zu stählen, um sie zu unbeugsamen Vorhutkämpfern unter jeder Bedingung zu machen. Die Partei kümmert sich darum, ihre Organisationen in den Arbeitsstätten, in Fabriken und Werken, in Stadt und Land aufzubauen und zu erweitern. Sie weist den Kämpfen der Arbeiterklasse die Richtung und organisiert die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, damit im Kampf gegen die Monopolbourgeoisie und gegen die revisionistische und opportunistische Tätigkeit der revisionistischen Mies-Clique eine revolutionäre Klassenlinie befolgt wird.

In Ostdeutschland arbeiten die Mitglieder der KPD/ML in tiefster Illegalität und unter den Bedingungen wütenden Terrors, um die werktätigen Massen im Kampf gegen die Verräterclique von Honecker, gegen die Herrschaft des sowjetischen Sozialimperialismus und für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats zu organisieren.

Die KPD/ML, die in die Klassenkämpfe des deutschen Proletariats eingreift, führt gleichzeitig einen entschlossenen Kampf, um die Hegemoniepolitik des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus zu entlarven und ihr Widerstand zu leisten. Die Partei hat die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes und anderer Völker der Welt auf die wachsende Kriegsgefahr gerichtet, die von der verschärften Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft ausgeht, und hat die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen die amerikanische militärische Präsenz in Westdeutschland hervorgehoben. Sie hat die allseitige Unterstützung des US-Imperialismus für den deutschen Revanchismus und seine Zusammenarbeit mit ihm sowie die Herrschaft des sowjetischen Sozialimperialismus in Ostdeutschland entlarvt.

Die KPD/ML hält an dem Prinzip fest, daß es absolut notwendig ist, die beiden Supermächte in der gleichen Weise zu bekämpfen, daran, daß es nicht möglich ist, sich auf die eine Supermacht gegen die andere zu stützen. Die KPD/ML kämpft und handelt als Teil und Vorhutabteilung der marxistisch-leninistischen kommunistischen Weltbewegung. Der proletarische Internationalismus ist ein unerschütterliches Grundprinzip, das die ganze Tätigkeit der Partei während der acht Jahre ihrer Existenz geleitet hat. Die KPD/ML steht auf Seiten der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker und Nationen der ganzen Welt. Sie bekundet kommunistische Solidarität mit dem revolutionären Kampf, den die wahren marxistisch-leninistischen Bruderparteien in ihren Ländern führen, und sie kämpft für die Festigung der Zusammenarbeit und Einheit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien, beruhend auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. In diesem Rahmen hat die KPD/ML stets dafür gekämpft, ihre internationalistischen Verbindungen mit den Bruderparteien zu erweitern. Sie hat einen revolutionären Erfahrungsaustausch gepflegt und so einen wichtigen Beitrag zu der gemeinsamen Sache des Kampfes gegen den US-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus, den Revisionismus und die Reaktion geleistet.

Die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk unterstützen die marxistisch-leninistische Linie und revolutionäre Tätigkeit der KPD/ML und sehen in ihr die Vorhutabteilung des deutschen Proletariats, die entschlossene Kämpferin für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Gewappnet mit den Beschlüssen ihres 7. Parteitages werden die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk auch in Zukunft mit allen Möglichkeiten und Kräften die marxistisch-leninistische Bewegung überall in der Welt unterstützen. Sie werden jede Handlung unterstützen, die dazu beiträgt, die Reihen der marxistisch-leninistischen Parteien zu festigen und die Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung im Weltmaßstab zu stärken.

Aus Anlaß des 8. Jahrestages der Gründung der KPD/ML sendet das sozialistische Albanien den Marxisten-Leninisten und allen deutschen Revolutionären heiße Grüße und wünscht ihnen, daß sie neue Erfolge und Siege in ihrem Kampf für die gemeinsame Sache der Revolution und des Sozialismus erringen mögen.

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML, SEKTION DDR

Spendenkonto: Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr.: 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.
Stichwort: KPD/ML,Sektion DDR

Anzeige

VERLAG  ROTER MORGEN

Erweiterte Neuauflage

J. W. STALIN

Gesammelte Werke in 16 Bänden



DM 200,-

Bestellung und Bezahlung bitte an:
GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 11 16 49, 2000 Hamburg 11,
Tel.: 040/4 10 17 36, Postscheckkonto Hmb 1935 72 - 207

Aus aller Welt

ALBANIEN

Mit Dekret des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien wurde beschlossen, daß am 3. April 1977 die allgemeinen Wahlen der Volksräte aller Stufen und der Bezirksgerichtshöfe abgehalten werden sollen.

SPANIEN

Wie die Zeitung „Vanguardia Obrera", Organ der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, berichtet, führen in Spanien die werktätigen Massen Streiks und Demonstrationen durch, die in heftigen Zusammenstößen mit der faschistischen Polizei münden. Während auf den Straßen Spaniens die breiten Volksmassen die Auflösung der Unterdrückungstruppen fordern, erklärte der revisionistische Verräter Solutura, einer der Spitzen der Carillo-Gruppe, auf einer Konferenz in Katalonien, die von den monarcho-faschistischen herrschenden Kreisen gebilligt worden war, man müsse die Auflösung der Unterdrückertruppen ein für allemal vergessen. Dies ist ein weiterer Beweis für die verräterische Natur der spanischen Revisionisten. Die Revisionistenführer um Carillo beschönigen nicht nur die Polizeikräfte der Monarchie, sondern leisten darüberhinaus der Monarchie auch direkte Hilfsdienste. Dieser Tage z. B. beteiligten sich die Revisionisten gleichzeitig mit der Polizei an dem Angriff in Mataro gegen eine Demonstration der Militanten der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, der FRAP und anderer antiimperialistischer und monarchiefeindlicher Kräfte.

VIETNAM

Die Nachrichtenagentur VNA meldet, daß am 14. Dezember in Hanoi der 4. Parteitag der Partei der Werktätigen Vietnams eröffnet wurde. Zum ersten Mal in ihrer 46jährigen Geschichte hält die Partei der Werktätigen Vietnams ihren Parteitag in einem wiedervereinigten Land ab. Auf den örtlichen Konferenzen wählten die Parteiorganisationen 1 008 Delegierte zum nationalen Parteitag. Le Duan, 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei, hielt den politischen Bericht des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams. In dem Bericht wurde die Bilanz des revolutionären Kampfes des vietnamesischen Volkes unter der Führung der Partei und des Präsidenten Ho Tschi Minh gezogen.

SÜDAFRIKA

Die Kämpfe der schwarzen Bevölkerung gegen das rassistische südafrikanische Regime des Faschisten Vorster gingen auch in den letzten zwei Wochen in unverminderter Schärfe weiter. Das außerordentlich brutale Vorgehen der mordenden Rassistentruppen gegen die kämpfenden Schwarzen konnte sein Ziel, diesen Kampf gewaltsam zu ersticken, nicht erreichen. Im Gegenteil, Haß und Erbitterung wachsen im Kampf der schwarzen Bevölkerung ständig an und die Schläge der Kämpfer gegen das Rassistenregime werden täglich schwerer. In Soweto, Nyanga, Guguletu, Langa und anderen Ghettos, in denen die Schwarzen elend zu leben gezwungen werden, kam es zu heftigen Kämpfen mit den Polizeitruppen des Rassistenregimes. Als in Langa, einem Ghetto vor Kapstadt, eine aufgebrachte Menschenmenge die anrollenden Polizeifahrzeuge mit Steinwürfen empfing, schoß die Polizei brutal in die Menge und ermordete dabei mehrere Jugendliche. Auch in anderen Städten, wo es zu heftigen Kämpfen kam, feuerten die Rassistentruppen in Demonstrationszüge und Menschenansammlungen, schoß wahllos auf Kinder, Eltern und alte Menschen. Allein während der letzten zwei Wochen wurden über 200 Menschen vom Rassistenregime und seiner Soldateska ermordet. Dieses Vorgehen hat die Bevölkerung um so mehr bestärkt, ihren Kampf gegen das mörderische Regime militant zu führen, der konterrevolutionären Gewalt die revolutionäre Gewalt des Volkes entgegenzustellen. Mord und Terror des Rassistenregimes sind nicht Ausdruck seiner Stärke, sondern zeugen von seinem Verzweiflungskampf, an dessen Ende unumstoßbar der Untergang dieses mörderischen Regimes steht.

SAHARA

Der um die Befreiung ihres Landes kämpfenden FPOLISARIO in der ehemaligen Spanischen Sahara ist ein schwerer Schlag gegen die mauretanischen Besatzer des Landes gelungen. Nach einem Kommunique der FPOLISARIO haben die Befreiungskämpfer vor zwei Wochen in einem Überraschungsangriff einen großen Teil der Eisenerz-Eisenbahnlinie zum mauretanischen Hafen Nouadibhou zerstört. Dies gelang, obwohl die Eisenbahnlinie von 2 000 feindlichen Soldaten ständig bewacht wird. Bei dem erfolgreichen Angriff wurden 39 feindliche Soldaten getötet. Außerdem wurden zwei Düsenjäger des Feindes abgeschossen.

THAILAND

Aus Anlaß des 34. Jahrestages der Gründung der Partei veröffentlichte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Thailands eine Erklärung, in der die Entwicklung des revolutionären Befreiungskampfes zusammengefaßt wird. In der Erklärung heißt es, daß die Lage in den befreiten Dorfgegenden ausgezeichnet ist und die Volksbefreiungsarmee von dort aus öfter Angriffe gegen den Feind unternommen und eine große Zahl seiner Truppen aufgerieben hat. Auch in den Gebieten, die noch in der Hand der Reaktion sind, schreitet der Kampf gegen die faschistische Diktatur machtvoll voran.

Genosse Pedro Pomar ermordet

Bei einem Zusammenstoß mit der faschistischen brasilianischen Polizei wurden drei führende Genossen der Kommunistischen Partei Brasiliens ermordet. Unter den gefallenen Genossen befindet sich der Genosse Pedro Pomar, ein erprobter kommunistischer Führer, der den Prinzipien des Marxismus-Leninismus treu blieb, als diese von den modernen Revisionisten unter Führung von Carlos Prestes angegriffen und mit Füßen getreten wurden. Indem Genosse Pomar die Thesen Chruschtschows zurückwies, ergriff er mit die Initiative für die Reorganisation der Brasilianischen Kommunistischen Partei zur Kommunistischen Partei Brasiliens. Diese Reorganisation bedeutete den endgültigen Bruch mit der revisionistischen Gruppe um Carlos Prestes. Genosse Pedro Pomar, Genosse Angelo Arroyo und Genosse Jose Batista Thompson sind im Kampf gefallen. Sie haben bis zum letzten Atemzug gegen den Imperialismus, den Sozialimperialismus, die Reaktion und den modernen Revisionismus gekämpft. Ihr Beispiel wird ewig lebendig bleiben und in der Arbeiterklasse und dem revolutionären Volk Brasiliens ein tiefes Echo finden.

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen Brasiliens haben eine große revolutionäre Kampftradition. Der Tag des Triumphes der brasilianischen Revolution wird kommen. Die ermordeten Genossen werden gerächt werden.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m-l)

Iran



TOUFAHN

ORGAN DE L'ORGANISATION MARXISTE-LENINISTE IRANIENNE

PROLETAIRES DE TOUS LES PAYS, NATIONS ET PEUPLES OPPRIMES, UNISSEZ-VOUS ! N°

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Tödlicher Arbeitsunfall - für die Zechenbarone "natürlicher Tod"

Am 30. November kam auf der Schachtanlage Ewald 3/4 in Gelsenkirchen-Buer-Resse der Schießmann Josef Just durch einen grauenvollen Unfall ums Leben.

Es gibt keinen Augenzeugen. Aber der Unfall muß sich folgendermaßen abgespielt haben: Beim Überqueren einer Bandstrecke, 1 250 Meter unter Tage, verlor der Kollege das Gleichgewicht, stürzte ab und wurde vom Förderband in eine Schorre mitgerissen. (Das ist ein kastenförmiger Aufbau, der als Überleitung zwischen zwei Förderbändern dient). Dort verfing er sich, so daß er sich nicht mehr aus eigener Kraft befreien konnte, und mußte hilflos zusehen, wie die Kohlebrocken vom Band auf ihn niederprasselten. Als seine Kollegen Josef Just fanden, war er schon tot.

Der medizinische Befund über die Todesursache lautet: Herzversagen. Die Kumpels erklären sich das damit, daß der Kollege – den sicheren Tod durch Ersticken oder Kopfverletzungen vor Augen – einen Herzschlag bekommen hat. Außerdem ist der Tod letztlich immer „Herzversagen". Die Frage ist, wodurch? wurde das Versagen des Herzes ausgelöst.

Die Zechenherren aber benutzten diesen Befund für ein hundsgemeines Manöver. Sie erklärten: Josef Just ist gar nicht an den Folgen eines Unfalls, sondern eines „natürlichen" Todes gestorben, da ja eine „natürliche" Todesursache, eben Herzversagen, vorliegt. Mit diesem Trick sparen die Zechenherren die ca. 150 000 DM, die sie bei tödlichen Unfällen unter Tage an die Bergbauberufsgenossenschaft zahlen müssen. Für die Witwe bedeutet das ca. 500 DM pro Monat weniger an Rente. Sie hat, als sie kurz nach der Nachricht vom Tod ihres Mannes diese Mitteilung von der Zeche bekam, einen Schock erlitten und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Das Vorgehen der Zechenherren war eine schwere Provokation für alle Kumpels. Überall herrschte große Erbitterung. Nur der Betriebsrat (wo die D„K"P eine starke Stellung hat) und die D„K"P-Betriebszeitung, die Mitte Dezember erschien, schwiegen diesen Skandal tot.

Ein Verwandter des Toten, der auch auf Ewald arbeitet, hat den Kampf um die volle Rente für die Witwe aufgenommen. Er hat dabei alle Kumpels hinter sich.

Die brutale Provokation der Kapitalisten hat darüber hinaus dem Gedanken an den gewaltsamen Kampf gegen ihre Ausbeuterordnung neue Nahrung gegeben. „Man sollte", so drückte ein Kollege das aus, „den Koffer vom Josef nehmen (womit die Schießleute den Sprengstoff vor Ort tragen) und die Direktionsbüros in die Luft jagen."

Rot Front!
Ein Genosse von Ewald.

Ihre "Humanität" ist purer Zynismus

Liebe Genossen!

Jedem Werktätigen in unserem Land ist bekannt, unter welch miserablen Verhältnissen unsere ausländischen Kollegen leben müssen. Vier oder fünf Kollegen in einem Zimmer, für das jeder von ihnen 100 bis 200 DM zahlen muß, sind keine Seltenheit. Dazu kommt, daß die meisten schon seit Jahren von ihren Familien getrennt sind.

Wir kennen einen ausländischen Kollegen, der schon seit 10 Jahren unter solchen Verhältnissen leben muß. Wir bewohnen ein kleines Reihenhaus und konnten, nachdem wir etwas zusammengerückt waren, zwei kleine Zimmer von insgesamt 24 qm und eine Küche zur Verfügung stellen. Dort sollte der Kollege mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern wohnen. Nun aber trat die Obrigkeit auf den Plan, „zum Schutz der ausländischen Arbeiter". Sie will der Frau des Kollegen keine Aufenthaltsgenehmigung erteilen und beruft sich dabei auf ein Gesetz, nach dem für vier Personen außer der Küche Wohnraum von mindestens 30 qm vorhanden sein muß, „damit sie menschlich wohnen können".

Ich erkundigte mich bei der zuständigen Stelle, ob dies Gesetz für alle gelte, denn auch wir bewohnen mit drei Personen unter 30 qm. Nein, das gelte nur für Ausländer, denn die gelte es ja gerade vor Ausnutzung zu schützen. Ich sagte dem Beamten, daß aber doch in der Regel die ausländischen Kollegen unter den erbärmlichsten Verhältnissen leben müßten und sich niemand darum kümmern würde. Dabei verwies ich ihn auf das Beispiel von Hamburg-Eimsbüttel, wo neulich bei einem Brand deswegen mehrere Kollegen umgekommen sind. Das Gesetz gelte nur bei Zuzug von Familienangehörigen, erwiderte er, und fügte zynisch hinzu: „Bei den Einzelnen ist es uns egal, wie sie wohnen, und wenn sie auf dem Schrank schlafen, aber bei Familien muß das seine Ordnung haben."

Es ist wohl klar, was dies Gesetz bezwecken soll: unter dem Vorwand der Humanität soll verhindert werden, daß die ausländischen Kollegen ihre Familien nachholen und mit ihnen zusammenleben können. Sie sollen für die Kapitalisten wie Vieh leben und jederzeit abschiebbar bleiben. Denn die wenigsten können sich eine ausreichend große Wohnung finanziell leisten, abgesehen davon, daß sie ihnen gar nicht erst vermietet werden.

Rot Front!
Ein Genosse aus Bremen.

Gaunertricks der IGM-Bonzen

Neulich kamen die Spritzlackierer von der Nachlackiererei im Münchner BMW-Werk einer unverschämten Schacherei zwischen Metall-Kapitalisten und IGM-Apparat auf die Schliche. Ein jüngerer Kollege, der seinen Resturlaub nehmen wollte, erfuhr aus heiterem Himmel, daß er statt drei nur noch zwei Tage hatte. Warum? Der Urlaubstag mehr, der den Kollegen der Metallindustrie bei den letzten Tarifabsprachen zugestanden wurde, ist den Spritzlackierern, den Kollegen in der Gießerei und allen, die einen Anspruch auf Erschwernisurlaub haben, von ihrem Extraurlaub abgezogen worden. Für die jüngeren unter 30 gilt das schon in diesem Jahr, für die älteren ab 1977.

Keiner wußte davon, kein Betriebsrat informierte die Kollegen. Die Empörung und der Haß der Kollegen richtete sich gegen die kapitalistischen Schinder und vor allem gegen ihre Handlanger von der Gewerkschaft. „Wir fahren eine Sonderschicht nach der anderen, machen ‚freiwillige' Überstunden, schinden uns ab mit drei statt früher vier Mann, und ihr streicht uns einen Tag Spritzerurlaub." Das schleuderten die Kollegen dem Betriebsrat entgegen.

Der hatte nur ein hämisches Grinsen übrig und verwies auf ein Bundesurlaubsgesetz. Den letzten Lohnraubabschluß wollten uns die IGM-Bonzen damit schmackhaft machen, daß sie ja immerhin einen Urlaubstag mehr „rausgekämpft" hätten. Wie man jetzt sieht, ein übler Gaunertrick auf Kosten des Teils der Arbeiterklasse, der unter den schwersten und gesundheitsschädlichsten Bedingungen arbeiten muß.

Aber einigen Kollegen mehr ist die arbeiterfeindliche Rolle des Gewerkschaftsapparates klar geworden, der nur dazu da ist, die Arbeiterklasse zu spalten, eine einheitliche Kampfbewegung zu verhindern, die Arbeiterklasse wehrlos zu machen gegen die Angriffe des Kapitals auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen und den Kapitalisten mit allen Mitteln die Profite zu sichern.

Rot Front!
Ein Genosse aus München.

Tarifbewegung

Betriebszeitungen entlarven IGM- und ÖTV-Apparat

Inzwischen hat der IGM-Apparat für alle Tarifbezirke seine Forderungen festgelegt. Sie lauten: 9,6% für die norddeutschen Bezirke; 9,5% für NRW, Hessen und Bayern; 50 DM Sockelbetrag und 7% für Baden-Württemberg; 9% für Westberlin. In NRW, Hessen und Nordwürttemberg-Hohenzollern ist bereits der jeweils erste Verhandlungstag über die Bühne gelaufen. Dabei machten die Vertreter der Metallkapitalisten das unverfrorene Angebot von 4,75%. Im Öffentlichen Dienst kommt die Tarifrunde nun ebenfalls in Gang. Der Vorstand der Gewerkschaft ÖTV hat der Großen Tarifkommission empfohlen, eine Forderung von 8% aufzustellen. Alle diese Forderungen sind nicht die Forderungen der Arbeiter und kleinen Angestellten. Sie wurden von den arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsbonzen aufgestellt als Ausgangspunkt für vorprogrammierte Lohnraubabschlüsse, die bei ungefähr 6% angesetzt sind. Die scheinradikalen Töne, die Loderer und Kluncker in den letzten Wochen hören ließen, können darüber nicht hinwegtäuschen. In Betriebszeitungen und Flugblättern entlarvt unsere Partei die betrügerischen Manöver des Gewerkschaftsapparates und die Demagogie, mit der die Kollegen vom Kampf für ihre Interessen abgehalten werden sollen. Im folgenden einige Auszüge aus Betriebszeitungen.

Aus ZÜNDKERZE, Betriebszeitung bei Opel-Rüsselsheim

Dieses Jahr wurde von der Vertrauenskörperleitung die lineare Lohnforderung von 1 DM oder 170 DM im Monat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abgewürgt, obwohl diese richtige Forderung von uns Kollegen kam und auf der Vertrauensleutevollversammlung von 53 Vertrauensleuten aktiv vertreten wurde. Um die richtige lineare Forderung abzuschmettern, wurde dann die spalterische Forderung 6% und 120 DM durchgedrückt, wohlwissend, daß auch diese Forderung für den IGM-Apparat völlig gegenstandslos und nichts anderes als ein billiges Betrugsmanöver ist. Damit soll nur der Eindruck erweckt werden, als sei ein Teil des IGM-Apparates nicht so arbeiterfeindlich und reaktionär wie die Führungsspitze, als existiere innerhalb des IGM-Apparats eine Opposition, auf die wir uns gegen die Oberbonzen stützen könnten. Lassen wir uns nicht täuschen! Der IGM-Apparat ist durch und durch als Ganzes reaktionär und arbeiterfeindlich. Bei diesem schmierigen Spiel spielen die Verräter von der D„K"P die wichtigste Rolle. Gerade auf ihren Antrag hin wurde beispielsweise die lineare Forderung von 1 DM vom Tisch gefegt mit der Begründung, die höheren Angestellten und die oberste Lohngruppe würden dann zu kurz kommen. Gleichzeitig stellen diese Verräter höhere Forderungen auf als der IGM-Apparat, um umso besser die Forderungen, die von uns Kollegen kommen, bekämpfen zu können. Man braucht sich nur den letzten „Motor" anzusehen! Da steht als Schlagzeile in dicken Buchstaben: „6% sind ein Hohn!" Auf derselben Seite wird dann (schon klein gedruckt) von den 12% des IGM-Apparates hier aus Rüsselsheim geredet.

Aus FRISCHER WIND, Betriebszeitung für HDW

Kollegen, erinnert ihr euch? Auf der letzten Betriebsversammlung tönten die Betriebsrats- und IGM-Vertreter noch rum: „Wie kommt ihr denn darauf, daß hier auch bei 6% abgeschlossen wird? Unsere Vertreter in der Tarifkommission werden sich entschieden für die 10,5% Forderung des Vertrauenskörpers einsetzen!"

Am 14. Dezember war nun die Sitzung der Großen Tarifkommission, das Ergebnis von 9,6% ist den meisten bekannt. Doch was war mit den sieben Vertretern von HDW? **Die waren gar nicht erst erschienen!** Die Herren Peters, Kock und Mieller und wie sie alle heißen, hatten „Wichtigeres" zu tun. Sie waren nämlich von den HDW-Bossen am selben Abend zu einem Stelldichein in einem Hamburger Hotel geladen, ein sogenanntes „Betriebsrätetreffen". Bei diesem alljährlichen Treffen dankt der HDW-Vorstand auf seine Weise, mit Sekt und kalten Platten, den obersten Betriebsräten für die außerordentlich gute und erfolgreiche Zusammenarbeit im vergangenen Jahr; und „Erfolge" hatten sie ja genug: Rationalisierungsmaßnahmen, 1 800 Entlassungen, 5,4% Lohnraub. Grund genug, um sich beim kalten Buffet mal so richtig näher zu kommen. In dieser erlauchten Gesellschaft wollte dann auch keiner fehlen! Zuerst wird breite Demokratie gespielt. Fragebogen werden herumgegeben, wo jeder Kollege seine Forderung eintragen darf. Als dann die Forderungen vieler Gewerke von 1 DM bis 1,50 DM mehr für alle nicht so recht ins Konzept passen, wird ein fragwürdiger „Durchschnitt" von 10,5% als Wille der Kollegen erklärt. Der Vorwurf von Kollegen, daß es sich auch hier nur um die Vorstufe zu einem Lohnraubabschluß um 6% handelt, wird damit abgetan, man werde sich entschieden in der Großen Tarifkommission für die 10,5% einsetzen. Dann gehen sie noch nicht einmal hin, als darüber abgestimmt wird. Sicher, auch wenn sie dabei gewesen wären, hätte sich an der 9,6%-Forderung nichts geändert. Denn offensichtlich hat der IGM-Vorstand jetzt zentral festgelegt, in allen Tarifgebieten Forderungen um 9,5% aufzustellen.

Aus DIE ROTE SPRITZE, Betriebszeitung für die Städtischen Krankenanstalten Nürnberg.

Kollegen, an manchen Stellen wird das Gerücht verbreitet, wenn wir „zu hohe" Forderungen aufstellen, würde der Stadt das Geld nicht langen und dann müßte sie z. B. die Straßenbahnpreise wieder erhöhen. Das ist der reine Unsinn. Wir zahlen ständig mehr Steuern, der Staat und die Kommunen werfen den Kapitalisten Millionen als „Konjunkturspritzen" in den Rachen, das alles wissen wir. Die Stadt gibt Millionen für die sogenannte „moderne Kunst" aus. Diese Schrotteile, die in Nürnberg überall in der Landschaft stehen, sind nicht nur völlig überflüssig, sondern abgrundtief häßlich und verschandeln unsere Stadt nur. Da, wo es um die Herren der Industrie und andere Schmarotzer geht, teilt die Stadt die Millionen mit vollen Händen aus, wenn es um die Arbeiter und Angestellten geht, ist plötzlich nichts da! Hier ist Reden und Überzeugen zwecklos, das haben die Erhöhungen der Fahrpreise bewiesen; auch nützen alle möglichen Rechenbeispiele nichts, wo die Stadt vielleicht noch sparen könnte. Die Stadt, genauso wie der Staat, handeln im Interesse der Kapitalisten, von dort bekommen sie ihre Aufträge, von denen werden sie auch bezahlt. Ihre Interessen vertreten sie darum auch. Wir müssen in diesem Staat um alles kämpfen, sei es um höhere Löhne, niedrigere Fahrpreise, niedrigere Mieten usw. Uns wird nichts geschenkt. Weder der Staat noch der Stadtrat geben uns freiwillig einen Pfennig mehr. Und die ÖTV wird als Organisation zur Niederhaltung der Kämpfe niemals irgendwelche Kampfmaßnahmen einleiten. Unsere Forderungen sind gerecht, wir müssen sie jetzt durch gemeinsamen Kampf ohne und gegen die Gewerkschaft durchsetzen!

Spaltungsmanöver der HHLA-Bosse

Während im Hafenbereich die Tarifverhandlungen noch im Gange sind, haben die Bosse der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) versucht, mit einem einzelnen Arbeiter einen Sondervertrag abzuschließen.

Der betroffene Arbeiter ist Kommunist. Im September 75 wurde er zum stellvertretenden Vertrauensmann gewählt. Weil er sich zur Linie der KPD/ML und zum Aufbau der RGO bekannte, wurde er aus der Gewerkschaft ÖTV ausgeschlossen. Er hat gegen den Ausschluß Widerspruch eingelegt, das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Kurz vor Weihnachten wurde der Genosse zur Personalabteilung gerufen. Der Vertreter der Personalabteilung sagte zu ihm, er sei ja jetzt nicht mehr Gewerkschaftsmitglied, die neuen Lohn- und Rahmentarife, die ab 1. 1. 77 in Kraft treten, würden also für ihn nicht mehr gelten. Er eröffnete dem Arbeiter dann, daß die HHLA die Absicht habe, mit ihm einen Sondervertrag abzuschließen. Den legte er auch gleich auf den Tisch. In dem Vertrag stand, daß der Betroffene ab 1. 1. 77 bei der HHLA zu den gleichen Lohn- und Rahmentarifbedingungen arbeiten kann, wie die anderen Kollegen.

Der Genosse hat natürlich nicht unterschrieben, denn dieses „großzügige Angebot" der Hafenbosse war eine hinterhältige Falle. Hätte er unterschrieben, so hätte er damit selbst unterschrieben, daß er nicht mehr Gewerkschaftsmitglied ist. Außerdem hätte er damit die reaktionären Versuche unterstützt, zwischen die gewerkschaftlich organisierten und die unorganisierten Kollegen einen Keil zu treiben, wie sie teilweise auch schon von Seiten des Gewerkschaftsapparates unternommen worden sind. Bekanntlich haben schon öfters Vertreter des Gewerkschaftsapparates gefordert, daß die Tarifverträge, die von der Gewerkschaft abgeschlossen werden, nur für Gewerkschaftsmitglieder gelten sollen. Dieselbe Spaltungsabsicht steckt auch hinter der bekannten Hetzparole, unorganisierte Kollegen seien „Trittbrettfahrer". Den HHLA-Bossen ging es mit ihrem Sondervertrag sicherlich auch darum, den kommunistischen Arbeiter durch eine unüberlegte Unterschrift unter ihr Machwerk von den Kollegen im Betrieb zu isolieren, um so leichter seine politische Entlassung betreiben zu können.

Man sieht an diesem Fall, daß die Kapitalisten mit allen möglichen hinterlistigen Mitteln gegen die Arbeiter vorgehen und daß sie dabei mit den Gewerkschaftsbonzen bestens zusammenarbeiten.

Chemiegigant BASF

Heisshunger nach Höchstprofiten

Die BASF ist ein äußerst profitgieriger Chemiekonzern und sie zählt zu den größten und mächtigsten ihrer Art auf der Welt. Heute beutet das BASF-Kapital weltweit 111 000 Arbeiter und kleine Angestellte aus, davon 52 000 allein in Ludwigshafen. Die BASF ist das Ergebnis der nach dem zweiten Weltkrieg erfolgten sogenannten „Liquidierung" des berüchtigten deutschen Chemiegiganten IG Farben, der mit zu den Haupttriebkräften des deutschen Imperialismus gehörte. Die IG Farben gehörte zu jenen äußerst aggressiven Teilen des Monopolkapitals, die den Hitlerfaschismus in den Sattel hievten. Sie zählte zu jenen Monopolgruppen, die am stärksten auf die Entfesselung des zweiten Weltkrieges hindrängten. Der Name IG Farben ist auf das engste mit den schlimmsten Greueln und barbarischsten Untaten verknüpft, die der Hitlerfaschismus an den Völkern begangen hat. Es ist bezeichnend, daß die Bosse der BASF sich nicht scheuen, offen dieser Tradition ihres Konzerns zu huldigen und sie hochzuhalten. Zum Beispiel schwärmte erst kürzlich wieder Vorstandsvorsitzender Seefelder bei einer Jubiläumsrede von dem Zusammenschluß im Jahre 1925, aus dem die IG Farben entstand. Und er pries ausdrücklich den Wirtschaftsaufschwung von 1936 und brachte so in nur schwach verschleierter Form seine Sympathie für die damalige Herrschaftsform der Monopolbourgeoisie, den Hitlerfaschismus, zum Ausdruck.

In den Konzernetagen der BASF wird in maßgeblicher Weise über die Politik der Bonner Regierung, die Ziele und Taktiken des westdeutschen Imperialismus, mitentschieden. Heute steht die BASF längst wieder im Kampf um die Märkte und Rohstoffquellen der Welt. Sie ist eine treibende Kraft bei den Vorherrschaftsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus in der EWG. Ebenso bei den Bestrebungen Bonns, verstärkt an der Ausplünderung der Völker Asiens,



Afrikas und Lateinamerikas teilzunehmen. Die BASF intensiviert ihren Kapitalexport. Umfaßte im Jahr 1973 die BASF-Gruppe 280 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 51 Ländern, so umfaßt sie heute bereits 312 derartige Gesellschaften in 56 Ländern. Dabei sank die Zahl der Produktionsstätten im Inland von 30 auf 28, erhöhte sich im Ausland jedoch von 82 auf jetzt 95. Das Aktienkapital stieg in den vergangenen drei Jahren um 100 Mio. DM pro Jahr.

Um sich weiterhin Höchstprofite zu sichern und um sich im erbarmungslosen Konkurrenzkampf der Monopole auf internationaler Ebene behaupten zu können, betreiben die BASF-Kapitalisten rücksichtslose Rationalisierungskampagnen auf allen Gebieten und verschärfen ihre Angriffe auf die wirtschaftliche Lage der Belegschaften. Das zeigt sich im Abbau des Unfallschutzes (trotz gegenteiliger Beteuerungen), in der Kurzarbeit für 3 000 Kollegen im vergangenen Jahr, in der Nichtübernahme von Lehrlingen nach Beendigung der Ausbildung usw. Es zeigt sich auch an den hartnäckigen Bestrebungen von BASF, sich trotz des Widerstands der Werktätigen eine kostengünstigere Energiequelle durch den Bau eines Kernkraftwerks zu erschließen. Mit welch brutalen Rationalisierungsangriffen die Kollegen von BASF rechnen müssen, läßt sich auch an dem neuen betrieblichen Verrechnungssystem ablesen, das die BASF-Bosse einführen wollen: „Ursachengerechte Verteilung der allgemeinen Unternehmenskosten auf die einzelnen Sparten" heißt es da im Konzernjargon. Was dahinter steckt, sprechen die BASF-Bosse offen aus, wenn sie an anderer Stelle schreiben: „Sicherlich wird die größere Transparenz der Kosten an einigen Stellen zu grundsätzlichen Überlegungen über die Wirtschaftlichkeit bestimmter Betriebe Anlaß geben." Auf gut deutsch: Das neue Verrechnungssystem soll als Ausgangspunkt für Entlassungen und für Stillegungen bestimmter Produktionsstätten dienen, die den Konzernherren von BASF nicht genügend hohe Profite abwerfen. Daß die Herren das Ganze dann auch noch als einen Beitrag zur „zusätzlichen Sicherung der Arbeitsplätze" ausgeben, zeigt ihren bodenlosen Zynismus.

Die BASF-Kapitalisten können sich bei diesen Angriffen auf die Arbeiter und kleinen Angestellten der Unterstützung durch den Gewerkschaftsapparat und den Betriebsrat sicher sein. So schreiben die IG Chemie-Bonzen in ihrem Blatt „Chemie-Kurier", sie würden „alles tun, damit durch das neue Kostenzuordnungsprinzip und seine Folgen die Arbeitsplätze in der BASF nicht gefährdet werden". Doch im gleichen Atemzug erklären sie: „Gegen sinnvolle Maßnahmen will sich niemand wehren." Mit anderen Worten: Rationalisierung ja, Entlassungen ja, aber nicht so offen, lieber leise, Schritt um Schritt, damit die Kollegen es nicht so merken.

Daß die Bonzen der IG Chemie und vom Betriebsrat Lakaien der BASF-Konzernherren sind, ist den Arbeitern und kleinen Angestellten in den letzten Jahren um einiges klarer geworden. Der Klassenhaß gegen diese Lumpen wächst. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der reaktionäre Gewerkschaftsapparat immer noch einen ziemlich starken Einfluß in den Belegschaften hat. Dieser Einfluß stützt sich hauptsächlich auf Teile des Betriebsrats, die sich „klassenkämpferisch" oder „links" geben, sowie auf den Vertrauensleutekörper, wobei am geschicktesten die Revisionisten der D„K"P auftreten. Die Revisionisten, deren Häuptling Betriebsrat Zimpelmann ist, sind die gefährlichsten Agenten der Kapitalisten unter den Belegschaften. Sobald die Kollegen zum Kampf für ihre Interessen antreten, tauchen sie mit ihrer gesamten Mannschaft auf und setzen alles daran, den Kampf unter ihre Kontrolle zu bringen, um ihm die revolutionäre Spitze abzubrechen und ihn in die Bahnen der Klassenversöhnung und der faulen Kompromisse zu zerren.

Dem Gewerkschaftsapparat und den Revisionisten gelang es bisher immer wieder, Kämpfe der Kollegen abzuwiegeln. Allerdings haben im Verlauf dieser Kämpfe viele Kollegen den Gewerkschaftsapparat durchschaut. Was sie noch daran hindert, entschlossen den revolutionären Klassenkampf zu führen, ist vor allem, daß sie noch zuwenig Vertrauen in die eigene Kraft haben. Aber durch die weiteren Kämpfe und mit der Hilfe der Partei, die bei BASF seit drei Jahren die Betriebszeitung „Rote Kolonne" herausgibt, wird sich das ändern. Trotz des Einflusses der Bonzen und Arbeiterverräter hat der Kampf in den letzten Jahren einen Aufschwung genommen. 1973 legten tausend Kollegen die Arbeit nieder, um für mehr Lohn zu kämpfen. Im vergangenen Frühjahr streikten einige hundert Kollegen, um sich gegen den geplanten Lohnraub in der Tarifrunde zu wehren. Die Kollegen der Magnetophonfabrik kämpften gegen ihre drohende Entlassung und demonstrierten auf einer Vertrauensleuteversammlung. Die Lehrlinge führten mehrfach Demonstrationen innerhalb und außerhalb des Werkes durch, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Betriebszelle der Partei trägt zunehmend die revolutionäre Orientierung in den Kampf hinein. Sie wird die revolutionäre Einheit der Kollegen gegen das Kapital und alle Bonzen und Arbeiterverräter schmieden. Das Proletarierheer, das durch das BASF-Kapital ausgebeutet wird, ist nicht nur die Quelle seiner riesigen Profite, sondern zugleich auch sein Totengräber. Die BASF-Kollegen werden eines Tages bestimmt in vorderster Front auf den Barrikaden stehen, wenn die deutsche Arbeiterklasse angetreten ist, um den Imperialismus in der proletarischen Revolution zu zerschmettern und sich durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats von den Ketten der Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Bericht eines revolutionären BASF-Arbeiters

BASF-Kapitalisten wollen eigenes KKW bauen

Seit Jahren schon plant die BASF einen Kernreaktor, der bei der Erzeugung von Prozeßdampf 100 Millionen Mark im Jahr einsparen soll. Zunächst plante sie die Errichtung dieses Reaktors mitten auf dem Werksgelände, wo täglich 50.000 Arbeiter und kleine Angestellte der unmittelbaren Gefahr des Atomtodes ausgesetzt gewesen wären.

Wenn dieser Reaktor nicht gebaut wird, so drohten die BASF-Bosse, werden Arbeitsplätze an die Nordsee verlagert. Der Betriebsrat, dessen Mitglieder zu 90% der IG-Chemie angehören, unterstützte diese Drohung offen. Damit liegt er – was auch gar nicht anders zu erwarten war – voll auf der Linie des reaktionären DGB-Apparates. Dieser unterstützt bekanntlich offen das volksfeindliche Atomenergieprogramm des westdeutschen Imperialismus. In diese offen reaktionäre Front reiht sich auch D„K"P-Betriebsrat Otto Zimpelmann ein, der gegen den Bau des Kernkraftwerkes nichts, aber auch gar nichts getan hat, der aber nicht müde wird, den Gewerkschaftsapparat zu unterstützen.

Nachdem sich eine Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk gebildet hatte und auch die Kollegen im Betrieb zunehmend über den Bau diskutierten, wurde der BASF die Sache wohl doch etwas zu heiß. Sie trat nun mit einem neuen Plan auf: den Reaktor 5 km außerhalb des Werkes zu bauen, in direkter Nachbarschaft eines Wohngebietes, in dem 10.000 Menschen wohnen. Um das Gesicht nicht ganz zu verlieren, machte der Staat der BASF zusätzliche Sicherheitsauflagen. Diese zusätzlichen Kosten, die den Reaktor auch nicht sicherer gemacht hätten, paßten den Bossen der BASF jedoch gar nicht. Sie hätten das Kraftwerk so verteuert, daß die „Ersparnis" von 100 Millionen nicht herausgeholt worden wäre.

Also verfiel man wieder auf einen neuen Plan. Nunmehr soll der Reaktor gemeinsam mit anderen Energiemonopolen wie RWE, Pfalzwerke u. a. in Bobenheim-Roxheim oder Kirschgartshausen gebaut werden. Entfernung zum Werk: ca. 8-10 km. Die bürgerliche Presse verkündete sogleich, daß ja nun die Gefahr so gut wie gebannt sei: „Das BASF-Kernkraftwerk ist tot." Aber davon kann überhaupt keine Rede sein. Die BASF wird alles daransetzen, daß ein Kernkraftwerk gebaut wird. Der imperialistische Staatsapparat bereitet sich darauf vor, den Kampf mit brutaler Gewalt zu unterdrücken. Auf einem Mannheimer Sportgelände übte die Polizei kürzlich mit Nebelkerzen und Tränengas. Der Staatsschutz notierte bei einer Informationsversammlung einer Bürgerinitiative sämtliche Autonummern der Teilnehmer. Die Städtische Berufsfeuerwehr übt mit der Werksfeuerwehr der BASF Katastropheneinsätze für Reaktorunfälle.

Auch ohne Atomkraftwerk leben wir schon gefährlich genug. Jeder von uns Arbeitern hat genügend Erfahrungen mit der „Fürsorge" der BASF gesammelt. Jedes Jahr verunglücken viele Kollegen, davon einige tödlich. Vor drei Jahren habe ich selbst einen Phosgen(Kampfgas)-Ausbruch erlebt. Das Gas wurde vom Wind durch das Werk getrieben. Die umliegenden Straßen wurden nicht abgesperrt, Kollegen nicht gewarnt. Um 10.30 Uhr brach das Gas aus, um 13 Uhr erst kamen Beauftragte der BASF und fragten, wer von dem Gas eingeatmet hätte. Die Kollegen wurden zum Röntgen auf die Ambulanz gebracht, wo sie zum Teil Stunden warten mußten. Grund: Es waren nicht genügend Röntgenplatten vorhanden. Ein Jahr später wurde bei einer Explosion ein junger Kollege getötet. Die Ursache der Explosion ist bis heute ungeklärt.

Kurz vor Weihnachten geriet ein Kesselwagen mit flüssigem Natrium in Brand, wodurch eine erhebliche Explosionsgefahr gegeben war. Da das flüssige, auf 120 Grad erhitzte Natrium auf keinen Fall mit Wasser in Berührung kommen durfte, wurde tonnenweise Zement zu dem Waggon gebracht. Ein Kollege erlitt bei dem Unfall Knochenbrüche. Durch den Zementstaub wurde an über 3.000 Autos der Lack beschädigt. Die Anwohner angrenzender Wohngebiete erlitten Hautreizungen. Wie sicher man in der BASF arbeitet und wie gut man auf solche Beinahe-Katastrophen vorbereitet ist, zeigt die Tatsache, daß die BASF mit „Experten" der Lieferfirma erst über weitere Maßnahmen beraten mußte, bevor das Feuer endgültig gelöscht werden konnte.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

AEG-Kapitalisten planen 1400 Entlassungen

Fortsetzung von Seite 1

bürgerlichen Staat verhindert werden. Unsere Partei zeigt den Arbeitern und kleinen Angestellten bei AEG diesen Weg und erklärt ihnen die betrügerischen Manöver und Absichten der Kapitalisten und ihrer als Arbeitervertreter getarnten Agenten. Im folgenden Auszüge aus Betriebszeitungen, die die Partei an verschiedenen AEG-Betrieben herausgibt.



„Wir müssen mit der Zeit gehen. Und wer nicht mit der Zeit gehen will, den müssen wir eben zwingen. Wir werden ihn eben entlassen müssen und auch dann ist er mit der Zeit gegangen." Solche und ähnliche Sprüche konnte man auf unserer letzten Betriebsversammlung in der Kongreßhalle von dem Sprecher der Geschäftsleitung Dr. Stellter hören, die in der unverschämten Aussage mündeten, wenn Kollegen entlassen werden, dann nur die „Arbeitsunwilligen". Dr. Stellter wörtlich: „Wir werden uns nur von den nicht arbeitswilligen Mitarbeitern, die in der Minderheit sind, trennen müssen und durch Arbeitswillige aus dem Erwerbslosenbereich, die nur auf Arbeit warten, auffüllen." (...) Weil Dr. Stellter, dieser Vertreter der Kapitalisten, ganz genau weiß, daß es für einen Arbeiter oder kleineren Angestellten ein schwerer Schlag ist, seine Arbeit zu verlieren, nutzt er diese Angst aus, um uns durch Einschüchterung zu noch größerer Leistung zu treiben, um noch mehr aus uns herauszuholen. Aber da bekam er aus der Belegschaft die richtige Antwort: Buhrufe und Pfiffe (...) Zu den Äußerungen des Dr. Stellter sagte der Betriebsrat kein einziges Wort. Stattdessen absolvierte er einen Kniefall vor der Geschäftsleitung: „Sie als Berliner, Dr. Stellter", meinte Betriebsratsvorsitzender Cwinkalik, (es hätte nicht viel gefehlt und er wäre auf Knien gerutscht), „denken Sie doch an Berlin, versorgen Sie Berlin mit Aufträgen, damit Arbeit vorhanden ist, sonst ist Berlin keine Reise mehr wert." (...) Diese Bettelei bei Dr. Stellter, die unsinnige Behauptung, daß das Management schuld sei und auch entlassen werden müßte, dient doch einzig und allein nur dazu, uns von den wirklichen Ursachen der „Umstrukturierung" des AEG-Konzerns und der damit verbundenen Rationalisierung abzulenken. Nach ihren eigenen Aussagen, und das ließ Dr. Stellter auch durchblicken, sind die Bereiche Nachrichtentechnik sowie Verkehrstechnik viel profitabler. Zum anderen kommt hinzu, daß heute aufgrund der immer moderneren Maschinen auf der einen Seite und der ungeheuerlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität der einzelnen Kollegen auf der anderen Seite, Arbeitskräfte eingespart werden. Man legt also einzelne Produktionen von Werken still (wie z. B. Ackerstraße) und investiert dort, wo man sich den größeren Gewinn verspricht. Die Kollegen, die dann überflüssig sind bzw. wie die Kapitalisten sagen „Überkapazitäten" darstellen, werden entlassen.

* * *



Auch schon in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs wurden Schritt für Schritt durch Einführung neuer Maschinen (wie z.B. in der Hussittenhalle die NC-Maschinen) Arbeitsplätze ersetzt. Mit Cipas Worten: Mit weniger Arbeitern mehr produzieren. Bloß diese Worte sind nicht nur Cipas Rezept, sondern eine Gesetzmäßigkeit im Kapitalismus. Wieso sind denn die Arbeitsplätze in den Westberliner AEG-Werken seit 1965 von 29 000 auf 15 000 abgebaut worden? Eben weil die AEG wie ein jedes andere kapitalistische Unternehmen aus uns Arbeitern einen Profit herausholen will, der so hoch wie möglich ist. Ein Unternehmen, das hierin mit den anderen nicht mithält, wird von der Konkurrenz ruiniert und geschluckt. Ein gemeinsames Interesse zwischen uns und den Kapitalisten gibt es in Wirklichkeit nicht. Das Gerede davon hat nur ein Ziel, uns vom kompromißlosen Kampf gegen das Kapital abzuhalten. Aber um so größer unsere Einheit im Sinne des kompromißlosen Kampfes gegen das Kapital ist, um so bewußter und geschlossener wir eine Front des revolutionären Klassenkampfes gegen die Kapitalistenklasse bilden, um so größer ist unsere Stärke und um so erfolgreicher können wir uns gegen die Angriffe der Kapitalisten zur Wehr setzen und auch die geplanten Entlassungen in der Brunnenstraße zurückschlagen. (...)

* * *



Nun ist es keineswegs so, daß die AEG insgesamt etwa weniger produzieren will – der Auftragseingang nahm um 12% zu. (...) Was sie wollen ist: Weniger Arbeiter sollen mehr leisten. Die Rationalisierung und Intensivierung soll weiter voranschreiten. Der Rubel muß rollen: „Wenn der Konkurrent schneller rationalisiert, wird er mir einen Marktanteil wegschnappen." Hinter den Kulissen legen die „feinen Herren" die Krawatten ab, da rangeln sie, daß die Fetzen fliegen. Billige Rohstoffe, bessere Transportmittel, Werkspionage, Dumping-Preise. Über allem die Angst, der Konkurrent könnte billiger produzieren, könnte sie ausbooten, und je weniger Spielraum sie haben, um so mörderischer wird diese Konkurrenz, erkennt keinerlei Moral an, geht bis zur militärischen Auseinandersetzung ihrer Staatsapparate. Das Drücken der Löhne, die Schließung von Betrieben, ihre Verlagerung ins Ausland, die Rationalisierung, meistens noch mit Steuermitteln betrieben – das sind heute die wichtigsten Arten, den Profit zu erhöhen, konkurrenzfähig zu bleiben. Die Stadt Vechta warf der AEG jahrelang große Beträge in den Rachen. Die Werkshalle – von Steuermitteln gebaut, die Jahresmiete – spottbillig. Alles von unserem Geld. 600 Arbeitsplätze waren versprochen – es blieb bei 150. Ob sie eine Fabrik bauen oder sie schließen, immer sollen wir die Zeche bezahlen. Die Rationalisierung ist eine Gesetzmäßigkeit im Kapitalismus, bedingt durch die mörderische Konkurrenz der Monopole, bedingt durch ihre unersättliche Profitgier. (...) Wir sollten schon heute beginnen zu überlegen, wie die breiteste Solidarität erreicht werden kann. Lernen wir dabei von anderen Kollegen: So verhinderten im September 72 die Arbeiter der Enka Glanzstoff AG die geplanten Schließungen der Werke in Wuppertal, Holland, Belgien und der Schweiz. Die holländischen Kollegen besetzten nach Bekanntwerden der Pläne am 18. 9. ihr Werk. Am nächsten Tag traten daraufhin die Wuppertaler Kollegen in einen spontanen Streik. Am 21. 9. nahmen die Kapitalisten ihre Pläne vollständig zurück. Die Kollegen haben sich in ihrem Kampf nicht auf den Gewerkschaftsapparat verlassen, diesem nicht die Führung anvertraut, sonst hätte dieser den Streik sicherlich abgewürgt. Nichts anderes haben sie ja auch bei Terrot gemacht. Vorne große Reden, nachher wurde nur noch über die Sozialpläne verhandelt, sprich den Entlassungen zugestimmt. Auch jetzt haben sie nichts anderes vor: „Für den Erhalt der Arbeitsplätze in einem Betrieb, der mit Gewinn arbeitet, werden wir mit allen Mitteln ... kämpfen." (BR-Vorsitzender des Berliner AEG-Werks Ackerstraße laut „Metall") Diese Redensarten sind bekannt. Übersetzt heißt das: Der Vorstand wird uns zeigen, wie schlecht es dem Werk geht und wir werden dann nach Kräften abwiegeln. Ihnen liegt eben das Wohl ihrer Kumpel in den Aufsichtsräten am Herzen (Hauptsache Gewinn), ob wir auf die Straße fliegen, interessiert wie nicht im geringsten.

Organisieren wir eine breite Solidaritätsfront gegen Kapital und Gewerkschaftsapparat!!

Lernen wir von den Enka-Glanzstoff-Kollegen!!

Revisionistisches

REVISIONISTISCHE „UHRENMODE“

Einer der grundlegenden Tricks der Bourgeoisie, ihre Umsätze und Profite zu steigern, den Werktätigen das Geld aus der Tasche zu ziehen, ist zweifellos die Modepropaganda, die die Produkte des letzten Jahres oder, wie es zumeist heißt, der „letzten Saison“, für überholt und altmodisch erklärt. In Worten ziehen die SED-Revisionisten in der DDR bisweilen noch gegen diesen kapitalistischen Konsumterror zu Felde – aber natürlich nur insoweit dies den Westen betrifft, versteht sich. Tatsächlich aber herrscht in immer breiterem Maße die kapitalistische Modepropaganda auch in der revisionistischen DDR. Und das ist keineswegs verwunderlich. Denn dort, wo die Bourgeoisie wie in der DDR wieder die Macht ausübt, wo die Produktion nicht auf die Bedürfnisse der Werktätigen, sondern auf den Profit der Kapitalistenklasse, in der DDR der neuen Bourgeoisie, ausgerichtet ist, da spielt auch die Modepropaganda eine entsprechende Rolle. Ein Beispiel dafür hat kürzlich die „UZ“, die Zeitung der D„K“P-Revisionisten geliefert, die eine Anzeige des „VEB Uhren- und Maschinenkombinats Ruhla, DDR“ abdruckte. In der Anzeige wurde für das „vielgestaltige Angebot mechanischer Armbanduhren“ mit dem Hinweis geworben: „Ein weltweiter Trend ist der modische Wechsel der Uhr von Saison zu Saison.“ Und im Fettdruck heißt es dann: „Öfter mal etwas Neues.“

Die Uhr von Jahr zu Jahr wechseln? Das haben noch nicht einmal die westlichen Kapitalisten propagiert. Angesichts der Lage der Werktätigen, insbesondere auch in der DDR, ist dies auch eine wahrhaft zynische Aufforderung.

AUSWEITUNG DES KLEINKAPITALS IN DER DDR

Nach der proletarischen Revolution, unter der Diktatur des Proletariats, sind nicht sämtliche Muttermale der alten kapitalistischen Gesellschaft beseitigt. Da kann es sogar noch vorübergehend kleines Privatkapital geben in Form von Handwerksbetrieben und ähnlichem. Doch der Weg des Aufbau des Sozialismus und der Festigung der Diktatur des Proletariats ist der, dieses Kapital in privater Hand immer mehr einzuschränken und schließlich gänzlich zu beseitigen. Wie aber ist das in der DDR? Dort wurde nicht etwa beschlossen, das Kleinkapital abzuschaffen oder zumindest weiter einzugrenzen, sondern dort wurde am 12. Februar ein Beschluß des Ministerrats gefaßt, mit den Geldern der Werktätigen, den Steuergeldern, das Privatgewerbe, das Kleinkapital in Form von Handwerksbetrieben, Gaststätten und Einzelhandelsgesellschaften auszuweiten. So wurden seit Februar 1976 in Leipzig zum Beispiel mit staatlicher Förderung 30 neue Privatbetriebe aufgemacht. Doch man stelle sich vor: Als kürzlich eine sogenannte „Arbeiter- und Bauerninspektion“ (!) stattfand, wurde sogar energisch „Selbstkritik“ geübt, was so gut wie nie vorkommt, wenn es um die Belange der Werktätigen geht. Es wurde dabei festgestellt: Die örtlichen Behörden hätten bei weitem nicht ausreichend zur Ausweitung des Privatgewerbes beigetragen und die privaten Betriebe seien noch viel zu wenig durch staatliche Subventionen gefördert worden.

Es ist ein deutliches Zeichen dafür, daß in der DDR der Kapitalismus restauriert worden ist und neben dem Monopolkapital, das in den Händen des kapitalistischen Staatsapparates konzentriert ist und an dem sich die neue Bourgeoisie bereichert, sich auch die kleinkapitalistische Privatwirtschaft als Zwillingsbruder des Monopolkapitals wieder ausweitet.

Zum neuen Jahr

Fahrpreiserhöhungen in vielen Städten

Das neue Jahr beginnt in vielen Städten der Bundesrepublik mit drastischen Fahrpreiserhöhungen. Betroffen sind unter anderem die Werktätigen von Wuppertal, Würzburg, Nürnberg, Mülheim, Hannover, Minden, Bremen und verschiedener Städte des Ruhrgebiets.

Wie die Essener Genossen in einem Flugblatt gegen die dort geplanten Fahrpreiserhöhungen berichten, erklärte der Essener CDU-Ratsherr Schewe, zukünftig müsse man die Tariferhöhungen im Rhythmus der Lohnerhöhungen durchführen. Die Offenheit, mit der hier ohne langes Gerede von Defiziten und fehlender Rentabilität der regelmäßige tiefe Griff in die Taschen der Werktätigen propagiert wird, ist bezeichnend. Der Rhythmus der Fahrpreiserhöhungen ist allerdings sehr oft schon kürzer als der der Lohnerhöhungen, dafür sind die Fahrpreiserhöhungen dann in der Regel sehr viel höher als die Lohnerhöhungen. Normalerweise aber sprechen die Herren Stadträte nicht die offene Sprache des Herrn Schewe. Sondern sie bemühen sich mit einem Wust von Zahlen, die beweisen sollen, daß die Defizite so groß sind, daß ohne Preiserhöhungen der öffentliche Nahverkehr zusammenbrechen müßte, davon abzulenken, daß hier schlicht und einfach die Tatsache, daß die Werktätigen auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, ausgenutzt wird, um sie immer stärker zur Kasse zu zwingen.

Die Millionendefizite, die die Städte Jahr für Jahr als Grund für die angeblich notwendigen Preiserhöhungen angeben, sind allerdings keineswegs so unvermeidlich, wie die Städträte und die Aufsichtsräte der Verkehrsgesellschaften immer vorgeben. Anhand einer Reihe von Fakten zeigen Flugblätter der Partei aus verschiedenen Städten auf, wo die Millionen geblieben sind. So schreiben die Nürnberger Genossen: „Aber wie ist es denn bei den anderen Ausgaben aus dem Stadthaushalt? Wir alle kennen die sogenannten Kunstwerke, die man von der Straßenbahn aus z. B. am Rathenauplatz, am Opernhaus oder am Hallertor sehen kann. Da haben die Herren nicht nach Rentabilität gefragt, sondern das Geld zum Fenster rausgeworfen. Ihre Argumente, mit denen sie die Preissteigerungen begründen, werden von Jahr zu Jahr immer unglaubwürdiger ... Sie nehmen zwar reichlich von uns Werktätigen – geben es aber offensichtlich anderen als uns! Da steht zum Beispiel in den bürgerlichen Zeitungen, daß der bayrische Landtag dem Wienerwaldkonzern Steuern hinterlassen hat.“ Die Genossen aus Wuppertal führen andere Beispiele an. Sie schreiben u. a.: „Damit die Lackfabrik Herberts, die zum Höchstkonzern gehört, in Unterbarmen nicht die notwendigen Umweltschutzmaßnahmen durchzuführen brauchte, erschloß die Stadt dem Betrieb das Industriegelände Blombach, Kostenpunkt 2,78 Millionen DM, aus Steuergeldern ... Die finanzielle Abhängigkeit der Stadt von den Banken wächst von Jahr zu Jahr. Allein im nächsten Jahr müssen 42,5 Mio. DM Zinsen aus Steuergeldern aufgebracht werden.“ Und die Genossen in Essen berichten in einem Flugblatt: „Es sind die großen Baufirmen (z. B. Hochtief oder Siemens), denen die Stadtväter beim U-Bahn-Bau Millionen zuschustern. So wurde für zig Millionen die Spurbreite für Strassenbahnen auf der Strecke nach Mülheim ohne triftigen Grund verbreitert. Durch solche Schiebereien entstehen die Defizite, die wir dann bezahlen sollen.“ Diese wenigen Beispiele zeigen, wie verlogen das Gerede von den unvermeidlichen Defiziten und den dadurch unumgänglichen Preiserhöhungen ist. In Wirklichkeit wird das Geld, das den Werktätigen u. a. durch die ständigen Fahrpreiserhöhungen abgepreßt wird, den Kapitalisten in den Rachen geworfen.

In den letzten Jahren hat es in vielen Städten militante Kämpfe gegen diese durchtriebene Form der Ausplünderung der Werktätigen durch die Kapitalisten und ihren Staatsapparat gegeben. An den Erfahrungen dieser Kämpfe anknüpfend, gilt es den neuen Fahrpreiserhöhungen Paroli zu bieten.

Preisraketen zum neuen Jahr

„Das neue Jahr läßt sich gut an“ – dieser Gedanke dürfte so manchem auf dem Rückweg vom Zigarettenautomaten, der demnächst auf den Einwurf von drei Markstücken umgestellt wird, bitter aufgestoßen sein. 40 Pfennig pro Packung wurden die Zigaretten teurer. Teurer wurden auch das Päckchen Tabak und alkoholische Getränke. Die Bonner Halsabschneider machten es durch kräftige Steuererhöhungen möglich. Die Welle der Preissteigerungen aber, die zu Beginn dieses Jahres auf die Werktätigen zukommt, ist damit keineswegs erschöpft.

So werden für die meisten Autofahrer die Kfz-Prämien kräftig steigen. Gleichzeitig werden in vielen Städten die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr erhöht. Die Rezeptgebühren werden um 1 DM erhöht. Hohe Mieterhöhungen sind angekündigt. Dabei soll es vor allem die Sozialmieter und die Mieter in Hamburg und München, beide Städte wurden nun zu weißen Kreisen erklärt, treffen. Die Ortskrankenkassen haben Beitragserhöhungen angekündigt. Preissteigerungen angekündigt haben weiterhin die Möbelindustrie, die Autoindustrie, die Brauereien und die Kaffeeröstereien usw. usf.

Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen. Die Preise für alles, was die Werktätigen zum Leben brauchen, sollen unaufhörlich weiter nach oben klettern. So wird über die Preise die Ausplünderung der Werktätigen vorangetrieben, wird zugunsten der Profite der Monopole ihre wirtschaftliche Lage ständig herabgedrückt. Und der Bonner Kapitalistenstaat geht dabei voran. Derselbe Staat, der die Rentner um ihr Geld betrügen und die Arbeiter zum Verzicht auf reale Lohnerhöhungen zwingen will. Derselbe Staat, der im gleichen Atemzug die Diäten der Abgeordneten fast verdoppelt und gerade jetzt wieder in Form von Steuerermäßigungen und Subventionen neue Milliardengeschenke an die Monopole vorbereitet.

Carillo-eine Stütze für den Demokratieschwindel

Keine 14 Tage hatte der spanische Revisionistenführer Carillo im Gefängnis verbracht, da wurde er zusammen mit sieben weiteren Spitzenführern der Revisionistenpartei gegen Kaution bereits wieder aus der Haft entlassen. Die bürgerliche Presse spielte dies hoch als Bestätigung dafür, daß in Spanien „demokratische Verhältnisse“ einzögen. Auch die Revisionisten selbst äußerten sich in dieser Richtung. Tatsächlich zeugt die Behandlung Carillos durch den faschistischen Staatsapparat nicht von einer „Demokratisierung“, sondern davon, daß die spanischen Revisionisten sich schon lange mit dem monarcho-faschistischen Regime arrangiert haben und dem Regime bei der Unterdrückung des Kampfes des spanischen Volkes eine wertvolle Stütze sind.

Offensichtlich zielen die spanischen Monarcho-Faschisten darauf ab, die Carillo-Revisionisten zum Aushängeschild für ihre demokratischen Scheinmanöver zu machen. Denn während die Kämpfe der Volksmassen gegen die faschistische Diktatur weiterhin blutig unterdrückt werden, während die revolutionären Kämpfer der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, der FRAP und anderer revolutionärer Organisationen, die für den Sturz des Regimes kämpfen, brutal verfolgt, in Gefängnisse gesteckt, gefoltert und gemordet werden, erhalten die spanischen Revisionisten mitsamt den übrigen bürgerlichen sogenannten „Oppositionsparteien“ immer größere Bewegungsfreiheit. So ist es den spanischen Revisionisten seit einiger Zeit in zunehmendem Maße möglich, offen aufzutreten. Da werden von ihnen Pressekonferenzen offen in Hotels durchgeführt, werden Versammlungen offen abgehalten, bei denen sogar ausländische Fernsehanstalten filmen, ohne daß etwas geschieht.



Revisionistenhäuptling Carillo poliert das Ansehen der Monarchie auf.

Dies ist keineswegs verwunderlich und hat mit „Einführung demokratischer Rechte“ für die werktätigen Massen nichts zu tun. Denn die Carillo-Revisionisten haben gegenüber dem faschistischen Regime alles getan, um die letzten Zweifel, sie wollten dem faschistischen Regime zu Leibe rücken, auszuräumen. Sie sind weder Kommunisten noch Antifaschisten. Ihr Kampf will nicht Demokratie für das Volk, die nur durch den gewaltsamen Sturz des Regimes erreicht werden kann, sondern lediglich eines: die Legalität, die Zulassung zu einem Parlament, um an den Fleischtöpfen der Bourgeoisie teilzuhaben. Dafür wollen sie dann noch lauter den Demokratisierungsschwindel der Monarcho-Faschisten unterstützen. Schon seit einigen Wochen führt der Revisionistenhäuptling Carillo zusammen mit den Oberhäuptern der anderen bürgerlichen „Oppositionsparteien“ intensive Verhandlungen mit den Faschisten über die Einrichtung eines Zwei-Kammer-Parlaments, mit dem das monarcho-faschistische Regime sich als „Demokratie“ präsentieren will, während sich an der Unterdrückung des Kampfes der Werktätigen nicht das Geringste ändern soll. Die schnelle Entlassung Carillos sowie der sieben weiteren Spitzenfunktionäre der spanischen Revisionistenpartei zeigt, daß die Regierung des monarcho-faschistischen Regimes künftig offenbar die modernen Revisionisten sich in noch breiterem Maße als bisher zu Nutze machen und sich ihrer bedienen will.

Vom Aufbau des Sozialismus

EIN NEUES WASSERKRAFTWERK ENTSTEHT AM DRIN

Um die Stromerzeugung Albaniens weiter zu steigern, wird in Fierza, das im nördlichsten Bezirk Albaniens liegt, am Drinfluß ein neues Wasserkraftwerk errichtet. Es wird das größte Albaniens sein und zu den größten Wasserkraftwerken Europas zählen. Nach der erfolgreichen Errichtung des Wasserkraftwerkes „Mao Tsetung“ in Van i Dejes, ist das von Fierza das zweite Wasserkraftwerk, das am Drin gebaut wird. Derzeit sind die Arbeiten an diesem Kraftwerk in eine wichtige Phase getreten. Die Arbeiter arbeiten Tag und Nacht, scheuen in ihrer Selbstlosigkeit keine Opfer und Mühen, um dieses gewaltige Werk fristgemäß und in der erforderlichen Qualität fertig zu bauen.

Das ganze Land beteiligt sich an dem Geschehen in Fierza. Es sind nicht nur die Tausende Arbeiter, die an der Baustelle des Wasserkraftwerkes arbeiten, sondern Zigtausende denken und wirken für dieses Wasserkraftwerk in den Betrieben des Landes, in größeren und kleineren Städten, ja auch in den entferntesten Dörfern.



Wasserkraftwerk Mao Tsetung

Der Bau dieses Wasserkraftwerkes umfaßt großangelegte und schwierige Arbeitsprozesse. Der Staudamm ist eines der wichtigsten Objekte des Werkes. 168 Meter hoch und 610 Meter lang ist er ein wirklicher Berg in der Landschaft der Gegend. Tag und Nacht arbeiten daran die Brigaden der Betonarbeiter, der Kraftfahrer usw. sowie die Freiwilligen aus allen Teilen des Landes. Komplizierte technische Probleme weisen auch die zwei Ableitungstunnel auf. Ihr Bau erfordert größte Aufmerksamkeit, da durch sie das Wasser mit einer Geschwindigkeit von 35 Meter pro Sekunde hindurchstürzt. Die abschließenden Arbeiten an den zwei Ableitungstunnel haben zur Zähmung des Drinflusses geführt und damit die Möglichkeiten geschaffen, die weiteren Arbeiten am Wasserkraftwerk erfolgreich durchzuführen.

Das Wasserkraftwerk von Fierza gehört zu den Großbauten, die während des neuen Fünfjahrplans 1976 bis 1980 fertiggestellt werden sollen. Mit der vollständigen Inbetriebnahme dieses Kraftwerkes wird die Stromerzeugung des Landes verdreifacht werden. Noch in demselben 6. Fünfjahrplan werden die Arbeiten für den Bau eines weiteren großen Wasserkraftwerkes beginnen, das von Koma, das das größte am Drinfluß werden wird.

KSAMIL – EIN NEUES DORF AM IONISCHEN MEER

Südwestlich von Saranda, an der Straße zur antiken Stadt Butrint, am Ufer einer kleinen Bucht im Ionischen Meer, entsteht eine neue Wohnsiedlung – das Dorf Ksamil. An dieser Meeresbucht mit kleinen Inseln, von ewigem Grün bedeckt, mit dem milden Mittelmeerklima, wo die verschiedensten subtropischen Pflanzen gedeihen, hatte man bis in die letzten Jahre die Hand des Menschen nicht gespürt. Ksamil war nur als Jagdrevier bekannt.

Ein völlig anderes Bild bietet Ksamil heute: Auf seinen Hügeln wurden Terrassen angelegt, die bis zum Ionischen Meer herunterreichen. Ksamils Verwandlung begann vor einigen Jahren. Viele Jungen und Mädchen aus allen Teilen Albaniens kamen dorthin und machten durch gemeinsame Arbeit über 370 Hektar Neuland urbar, auf denen über 103 000 Apfelsinen-, Zitronen- und Ölbäume gepflanzt wurden. Viele dieser Jugendlichen beschlossen, ständige Einwohner von Ksamil zu werden. So entstand eine neue Wohnsiedlung mit 150 Familien und etwa 700 Einwohnern. Es wurden schöne und bequeme Wohnungen, Geschäfte, Kindergärten und -krippen, Gesundheitseinrichtungen, eine Achtjahrschule und eine höhere Landbauschule (für die Weiterbildung der Werktätigen, ohne die berufliche Tätigkeit zu unterbrechen) errichtet. In den nächsten Jahren sollen in Ksamil weitere Hunderte Hektar Neuland urbar gemacht und mit Zitrusgewächsen und Ölbäumen bebaut werden.

Über 100 Schüler demonstrieren gegen das Berufsverbot von Ulla Oehler

„Demonstration am Freitag, den 17. 12. 76, gegen das Berufsverbot von Frau Oehler" – in allen Gebäuden der Gesamtschule Horn in Hamburg rufen rote Kleber die Schüler zur Teilnahme an der Demonstration gegen das Berufsverbot auf, das der Lehrerin Frau Oehler droht. Der ersten politischen Demonstration an dieser Schule.

Seit einem Jahr bereits führen Schüler, Eltern und Lehrer den Kampf gegen die geplante Entlassung der Lehrerin Frau Oehler. Die Demonstration soll der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Protestaktionen sein: so wurden insgesamt über 900 Unterschriften gesammelt, zahlreiche Resolutionen verabschiedet. Schüler gingen während des Unterrichts durch die Klassen, um andere zu informieren.

Die Idee, eine Demonstration durchzuführen, ging von einigen Lehrern aus, die Schüler waren begeistert. Doch als D„K"P-Lehrer und ihre Sympathisanten (es gibt eine ganze Reihe davon an der Schule) versuchten, die Demonstration in ihrem Sinn ablaufen zu lassen, wurde den Schülern klar, daß sie den Kampf selbst in die Hand nehmen müßten. Was wollte die D„K"P? Die D„K"P-Lehrer wollten Ulla Oehler Redeverbot erteilen, sie wollten die Demonstration in dem Moment auflösen lassen, wo die KPD/ML oder die ROTE GARDE auftauchen würden. Dieser Plan setzte sich zwar nicht durch, schaffte aber doch eine gewisse Unsicherheit.

Um so wichtiger war es, daß sich Mitte November die ersten Schüler zusammentaten und beschlossen, eine Schülergruppe zu bilden, die gegen das Berufsverbot der kommunistischen Lehrerin kämpft, aber auch gegen die Unterdrückung und die Spaltungsversuche der Schülerschaft durch die Schulleitung. Darüber hinaus wollten sie eine Veranstaltung zum Kampf in Brokdorf machen und Fotos, die sie in Brokdorf gemacht haben, ausstellen. Ihre erste Aktion aber sollte die Mobilisierung der Schüler zur Demonstration gegen das Berufsverbot sein. Zu diesem Zweck entsteht beim ersten Treffen ein Flugblatt. Daraufhin kommen beim nächsten Mal bereits mehr Schüler. Die Planung der Demonstration beginnt. Ein weiteres Flugblatt mit dem Aufruf zur Demonstration entsteht. Termine werden vereinbart, die Sache kommt ins Rollen. Kurz vor der Demonstration werden sieben Transparente gemalt, entstehen zig Wandzeitungen, Aufkleber, Schilder – 11 Schüler sind zusammengekommen und arbeiten mit wahrer Begeisterung.

Am Mittwoch vor der Demonstration stehen sie trotz eisiger Kälte vor den verschiedenen Gebäuden der Schule und vor einer Nachbarschule und verteilen. Am Freitag, dem Tag der Demonstration, ist die Stimmung ausgezeichnet. Ein Schüler bringt sein eigenes, an Latten befestigtes Transparent mit in die Schule, ein anderer hat sich selbst ein Schild gemalt. Einige Lehrer verteilen ein Flugblatt, in dem die Demonstration der Schüler begrüßt wird. Die meisten Schüler sind schon früh am Sammelplatz. Als es losgeht, ist die Demonstration 80 Mann stark. Genossen der ROTEN GARDE verteilen Flugblätter der Partei, die zuvor an anderen Schulen zur Unterstützung der Schülergruppe verteilt wurden. Während die Demonstration durch ein Wohngebiet zieht, reihen sich noch mehr Schüler ein. Eine Mutter aus Ullas Klasse, die gerade von der Arbeit kommt, schnappt sich ein Transparent und stimmt ein in die Parole: „Frau Oehler muß Lehrerin in Horn bleiben! Weg mit den Berufsverboten! Willst Du kein Duckmäuser sein, reih Dich ein!" Bei der Abschlußkundgebung verliest ein Schüler das Schülerflugblatt und schließt mit den Worten: „Doch wir werden den Kampf gegen die Berufsverbote weiterführen."

Dann spricht Frau Oehler. Sie bedankt sich bei Schülern, Eltern und Lehrern, deren Solidarität es zu verdanken ist, daß sie noch immer Lehrerin an der Schule ist. Sie stellt klar, daß sie sich auch weiterhin nicht den Mund verbieten lassen wird, daß der Kampf weitergeht. Sie geht darauf ein, daß sie und die KPD/ML die DDR keineswegs für „sozialistisch" halten, daß die KPD/ML gegen Mauer und Stacheldraht ist und auch in der DDR illegal gegen das Regime dort kämpft. Frau Oehler erklärt, warum sie auch gegen die D„K"P ist: weil sie dieses faschistische Regime in der DDR unterstützt und sogar noch als sozialistisch anpreist, weil sie hier – wie sich bei der Vorbereitung der Demonstration gezeigt hat – den Kampf der Schüler in Wirklichkeit nicht unterstützt, sondern den Kommunisten wie Frau Oehler auch den Mund verbieten will. Als Frau Oehler dann darüber spricht, wie Kommunisten unterrichten: nämlich nicht indoktrinieren, sondern die Schüler die Probleme von allen Seiten betrachten lassen und klar den Standpunkt der Arbeiterklasse einnehmen, klatschen die Schüler sehr heftig Beifall.

Mit den Parolen: „Weg mit den Berufsverboten, Frau Oehler muß Lehrerin in Horn bleiben!" endet die Demonstration. Die Mutter aus Ullas Klasse greift sich noch eins der Transparente und marschiert mit einigen Schülern über den Wochenmarkt.

Für fast alle Schüler war dies die erste Demonstration in ihrem Leben. An der Gesamtschule Horn war es die erste politische Aktion der Schüler überhaupt. Die Schüler sind stolz auf diesen Sieg, den sie gegen den Widerstand der Schulleitung, vieler Lehrer, einiger Eltern und die Hetze der D„K"P und anderer reaktionärer Kräfte errungen haben. Jedem einzelnen Schüler ist es anzumerken, daß er entschlossen ist, weiterzukämpfen – gegen das Berufsverbot gegen Ulla Oehler und jeden zukünftigen Entlassungsversuch von kommunistischen und fortschrittlichen Lehrern.



Im Dezember 1975 erhielt Ulla Oehler einen Brief, in dem ihr die Mitgliedschaft in der KPD/ML vorgeworfen wurde sowie der Besuch von Veranstaltungen der KPD/ML, der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS usw. Aufgrund dieser Vorwürfe wurde ein Berufsverbotsverfahren gegen sie eingeleitet. Daraufhin erhob sich breiter Protest: Verschiedene Resolutionen wurden verabschiedet; Briefe der Elternvertretung an die Behörde geschickt, eine Resolution im Schülerrat verabschiedet; der Personalrat für Gesamtschulen lehnte die Entlassung der Kollegin Oehler ab; die Betriebsgruppen der GEW an der Gesamtschule Horn protestierten; 900 Unterschriften wurden gesammelt. Trotzdem beschloß der Senat die Entlassung der Lehrerin Ulla Oehler.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WUPPERTAL

Am 13. 12. fand in Wuppertal vor dem Amtsgericht eine Verhandlung gegen Genossen Hans-Jürgen M., presserechtlich Verantwortlicher der Partei in Wuppertal, statt. Die Polizei fühlte sich beleidigt, weil in einem Flugblatt der Partei gestanden hatte, daß die Polizei die Streiks bei Ford und Hella zerschlagen habe. Hinzu kam eine Anklage wegen „Volksverhetzung", weil das Flugblatt die revolutionäre Gewalt der Massen verteidigte.

Das Urteil lautete auf 200 DM Geldstrafe. Das ist insofern ein Erfolg als das Gericht die Anklage wegen Beleidigung fallenließ und bei der Anklage der Volksverhetzung auf die gesetzlich mögliche Gefängnisstrafe verzichtete.

WESTBERLIN

Am 12. 1. 77 findet in Westberlin vor dem Amtsgericht Turmstraße ein Prozeß gegen Genossen Thomas Scheffer, presserechtlich verantwortlich für die Publikationen der Partei, statt. Angeklagt ist der „Borsighammer" wegen eines Artikels zum Tod des Arbeiters Günther Kauschke, weil darin von „Mord aus Profitgier" geschrieben wurde.

PROZESSANKÜNDIGUNGEN

Im Januar dieses Jahres finden in Nordrhein-Westfalen allein gegen Genossen und Sympathisanten der KPD/ML elf politische Prozesse statt, unter anderem gegen Ursula S. vor dem Landgericht Bielefeld (7. 1.); gegen Monika H. vor dem Amtsgericht Dortmund (13. 1.); gegen Wolfgang G. vor dem Landgericht in Recklinghausen (14. 1.); gegen Harald K. vor dem Amtsgericht Münster (17. 1.); gegen Marion H. vor dem Landgericht in Bochum (18. 1.); gegen Renate S. vor dem Amtsgericht Gelsenkirchen (19. 1.); gegen Hanfried Brenner vor dem Amtsgericht Moers (21. 1.).

ERNEUTER PROZESS GEGEN DEN „ROTEN MORGEN" UND GEGEN GENOSSEN ERNST AUST

Am 9. 2. 77 findet ein erneuter Prozeß gegen den „Roten Morgen" statt. Die verantwortliche Redakteurin Renate Bäthies ist angeklagt wegen der Nr. 25/76 des „Roten Morgen", in der in einem Artikel anläßlich des zweiten Todestages des Genossen Günter Routhier aufgrund der in diesen Jahren gewonnenen Erkenntnisse noch einmal die Ereignisse im Juni 1974 in Duisburg dargestellt wurden.

Ebenfalls am 9. 2. 77 findet vor dem Landgericht Duisburg die Berufungsverhandlung gegen Genossen Ernst Aust statt. Er war in erster Instanz wegen eines Briefes, den er während der Landtagswahl in NRW an die Werktätigen seines Wahlbezirks geschrieben hatte, zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden.

Anzeige

"Wir kommen wieder!"



Dokumentation zum Kampf gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf
KPD/ML Landesverband Wasserkante

Aus dem Inhalt
* Tausende durch Atomreaktoren gefährdet (Artikel aus dem „Roten Morgen")
* „Wer Wind sät, wird Sturm ernten, wer Sturm sät, wird im Orkan untergehen." (Material zum Kampf in Brokdorf)
* Das sollen sie bezahlen! (Material zum Polizeiterror in Brokdorf)
* Die Lehren aus dem Kampf in Brokdorf

zu bestellen bei:
GEWISO-Buchvertrieb
Postfach: 11 16 49, 2 Hamburg 11
3,– DM

Aus dem Inhalt
* Freiheit für den „Roten Morgen"
* RM-Redakteure vor Gericht
* Rede des Genossen Ernst Aust vor Gericht: „Ich klage an!"
* Berichte aus den Ortsgruppen
* „Rettet ihr Leben!" Artikel zu den Verfolgungsmaßnahmen gegen die CISNU

Bestellungen an:
RHD, Stollenstr, Eingang Clausthaler Str., 46 Dortmund
Bezahlungen auf das Konto:
Stadtsparkasse Dortmund
Nr. 201 007, H. Held
Abonnementspreis für 1 Jahr: 6 DM

Nr. 1 Januar 1977 Zeitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS 20 Pfg.
Rote Hilfe
Unterstützt die meistverbotene Zeitung!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten
Weg mit den Gefängnisstrafen für die Redakteure!

Unsere erste Zeitung

In verschiedenen Städten der Bundesrepublik haben sich vor einiger Zeit Kindergruppen der ROTEN GARDE gegründet – die ROTEN PIONIERE. Die kleinen Genossen aus Hamburg haben sich jetzt eine eigene Zeitung geschaffen – ihre erste Zeitung und auch die erste Kinderzeitung der ROTEN GARDE überhaupt. Wir wünschen der neuen Zeitung viel Erfolg!

Unsere erste Zeitung

Am 17.12.76 erschien zum ersten Mal die Zeitung der Kindergruppe der Roten Garde. Sie heißt „Rote Pioniere". Gleich am Erscheinungstag haben wir 80 Stück verkauft, als wir an einer Demo von fast 150 Schülern gegen die Entlassung der kommunistischen Lehrerin Ulla Oehler teilnahmen. Einige Kinder begannen sofort in der Zeitung zu lesen. Wir freuen uns darüber, daß wir Ulla Oehler in ihrem Kampf gegen die Schulbehörde unterstützen konnten. In der Zeitung wird berichtet über den Kampf in Brokdorf, über die Lieder der Roten Pioniere. Regelmäßig soll es in unserer Zeitung ein Kreuzworträtsel, den Text eines unserer Lieblingslieder und einen Bericht über ein spannendes Buch geben.

Rote Pioniere Hamburg

Und warum heißen wir „Pioniere"?

Kommt zu uns!
Bei uns ist immer was los!
Wir... machen Geländespiele, spielen Theater, singen, machen viele Ausflüge, malen, machen Zeltlager, paddeln, lesen spannende Bücher, sprechen über Probleme, treiben Sport, ...

Kreuzworträtsel

Rote Pioniere
Zeitung der Kindergruppe der „Roten Garde" - Hamburg
Wir waren in Brokdorf dabei!

- ganz viele Polizisten
- Wasserwerfer
- viel Natodraht
- 3m hoher Zaun
- Natodraht (superscharf)
- bis zu 8m breiter Wassergraben
- Leitplanke

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

Spenden

Im Dezember gingen bis Redaktionsschluß folgende Spenden auf das Konto des „Roten Morgen" ein:

8.12.	LV Wasserkante	32,50
14.12.	W.H. Westberlin	30,00
14.12.	Hochzeitsfeier Essen	100,00
15.12.	M.C., Werdohl	20,00
15.12.	B.S., Oberhausen	20,00
	Gesamt	**202,50**

1976 gingen auf das Konto G. Schneider Spenden in Höhe von insgesamt DM 16 811,10 für verschiedene Verwendungszwecke ein.

„Roter Morgen":	10 776,69
KPD/ML:	1 861,58
Solidarität:	442,83
Unterstützung politisch Verfolgter	3 670,00
Oman:	30,00
Spanien:	30,00
Gesamt	**16 811,10**

Spenden zur Unterstützung der „Roter Morgen"-Prozesse:

bitte einzahlen auf die Konten

Vorstand der KPD/ML – Spendenkonto – Stadtsparkasse Dortmund KtoNr.: 321 004 547

KPD/ML-Spendenkonto PSchKtoNr. 64 20 – 467, PSchA: Dortmund

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN“
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

ARBEITSAMT ERPRESST ARBEITSLOSE LEHRER

Im September schloß ich mein Volksschullehrerstudium an der PH Kiel ab. Ich habe mich dann beim Land Schleswig-Holstein als Lehrer beworben. Nachdem man mir anfänglich (am 15. 9.) Hoffnung auf eine schnelle Einstellung gemacht hatte, hörte ich dann bis jetzt (!) nichts Definitives mehr über meine Einstellung, was ja angesichts des Lehrermangels schon eine Sauerei ist. Stattdessen stellte sich immer mehr heraus, daß man „an meiner Verfassungstreue zweifelt“, das heißt: Man bastelt an einem Berufsverbot für mich. Da ich aber nicht bereit bin, vor dem Staat zu kuschen, andererseits keine Einstellung in den Schuldienst in Sicht ist, ich aber um sie kämpfen werde, stellte sich immer gebieterischer die Frage: wovon solange leben? Ich habe während meines Studiums im Gegensatz zu vielen anderen Studenten bei einem Job, den ich nebenher ausgeübt habe, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt, und zwar acht Monate lang, habe also Anspruch auf Arbeitslosengeld. So marschierte ich zum Arbeitsamt und stellte meinen Antrag.

Dort mußte ich dann eine Erklärung abgeben, daß ich mich zwar weiter um Einstellung in den Schuldienst bewerben wollte, zwischenzeitlich aber auch andere Arbeit annehmen würde. Das leuchtete mir ja noch ein, ist doch das Arbeitsamt ein besserer Sklavenhändler, der einem nur dann etwas Geld zahlt, wenn er einen an jeden beliebigen Kapitalisten weiterverscherbeln kann. Das heißt dann im Amtsdeutsch „Verfügbarkeit“ oder: „Man stellt sich dem Arbeitsamt zur Verfügung.“

Doch dann ging es los. Nach einigen Tagen erhielt ich einen Brief vom Arbeitsamt, daß es mit dem Geld noch etwas dauern würde, weil noch einige „Feststellungen zur Bemessung der Leistung“ getroffen werden müßten. Ich sollte aber „von Sachstandsanfragen absehen“, um die Sache nicht „zu verzögern“. Mißtrauisch geworden, machte ich dann aber gleich eine „Sachstandsanfrage“ und wollte vom Arbeitsamt wissen, was denn los sei. Das war auch gut so, denn sonst wüßte ich heute noch nicht, was man wissen wollte. Man wollte nämlich etwas von mir! (Obwohl ich von „Sachstandsanfragen absehen“ sollte!)

Es ging um meine Verfügbarkeitserklärung. Die hatte mir zwar einer vom Arbeitsamt abgenommen. Jetzt reichte sie ihnen aber plötzlich nicht mehr aus. Aufgrund irgendeines Erlasses von der Bundesanstalt für Arbeit sollte ich jetzt erklären, daß ich meine Bemühungen, in den Schuldienst zu kommen, aufgeben würde! Ich sollte also praktisch meinen Lehrerberuf aufgeben und mich mit Haut und Haar dem Arbeitsamt zur Verfügung stellen. Andernfalls würde ich kein Geld bekommen, denn ich wäre eben nicht genügend verfügbar. Man fügte freundlicherweise noch hinzu, daß man etwa gezahltes Arbeitslosengeld zurückverlangen würde, wenn ich auf die Idee kommen sollte, die verlangte Erklärung nur zum Schein abzugeben, um an das Geld heranzukommen.

Das ist glatte Erpressung! So wie ich zur Zeit dastehe, bin ich keineswegs ein fertiger Lehrer, sondern dazu muß ich erst meine zweite Lehrerprüfung machen. Das kann ich aber nur, wenn ich in den Schuldienst komme. Meine Ausbildung ist also noch nicht zu Ende, sondern nur zwangsweise unterbrochen. Man verlangt also von mir: Betrachte man deine studierten Semester ruhig als für die Katz! Oder du kriegst kein Geld, auch wenn du Beiträge gezahlt hast.

Was das für eine Unverschämtheit ist, merkt man erst, wenn man die Konsequenzen sieht. Mit diesem Trick wollen die vom Arbeitsamt zum einen die Ansprüche, die von vielen arbeitslosen Lehrern auf sie zukommen, abwimmeln. Denn viele von ihnen nehmen jetzt nach Abschluß ihrer Hochschulausbildung einen Job an (wenn sie einen kriegen), einfach, um zu leben. Sie bewerben sich aber immer wieder für den Schuldienst, denn sie wollen ja Lehrer werden und erst recht ihre Ausbildung beenden! Viele erwerben aber durch ihre Arbeit einen Anspruch auf Arbeitslosengeld, eben weil sie Beiträge zahlen, wie jeder Werktätige. Wenn sie nun ihren Job verlieren (oft sind es nur Aushilfsjobs), kommen sie natürlich auch zum Arbeitsamt und dann heißt es genauso: Erkläre erst einmal, daß du deinen Lehrerberuf an den Nagel hängst, sonst darfste verhungern . . .

Klar, daß viele sich nicht diese Erklärung abpressen lassen, weil sie die Konsequenzen nicht wollen. Sie schlagen sich dann so bis zum nächsten Job durch oder fallen Eltern oder Verwandten auf die Tasche. Geld kriegen sie jedenfalls nicht. Das freut natürlich Herrn Stingl und Hintermänner. Aber, und das ist die zweite Sauerei, viele werden auch, weil sie das Geld einfach brauchen, sich erpressen lassen. Ja, und dann verschwinden sie von den Bewerbungslisten der Schulämter! „Lehrerarbeitslosigkeit?“, zuckt dann der Herr Kultusminister die Achseln, „die geht zurück.“

Da kann man sehen, wie unverschämt das Arbeitsamt das Spiel der Monopole spielt! Die verlangte Erklärung werden Stingl und Konsorten von mir nicht kriegen! Ich laß mich nicht erpressen, sondern werde um mein Geld kämpfen!

Rot Front!

Ein Genosse aus Kiel

INITIATIVE GEGEN TRUPPENÜBUNGSPLATZ AM MAIN

Am 29. 11. 1976 fand in Escherndorf eine Versammlung der dortigen Anwohner statt, bei der eine Bürgerinitiative gegründet wurde. Die Bürgerinitiative richtet sich gegen einen Wasserübungsplatz der Bundeswehr, der in der Volkacher Mainschleife errichtet werden soll. Die Volkacher Mainschleife ist eines der letzten, wenn nicht das letzte Stück des Maines, an dem er noch in seiner Ursprünglichkeit, also ohne Staustufen, fließt, weil der Schiffahrtsverkehr durch einen Kanal fährt. Außerdem liegt hier eines der bekanntesten Weinbaugebiete Deutschlands und ein Naherholungsgebiet, wohin vor allem viele Leute aus Würzburg kommen.

Nach einem Raumordnungsverfahren aus dem Jahre 1959 darf die Bundeswehr am Mainufer zwischen Nordheim und Escherndorf diesen Pionierübungsplatz bauen. Die Folgen davon wären:

– das weitläufige Mainufer würde um einige Meter aufgeschüttet;

– es würden große Hallen dort gebaut. Dann kommen noch die Soldaten hinzu. Aus dem benachbarten Kitzingen, wo es zwei amerikanische Kasernen gibt, wissen viele Leute, wie es in Garnisonsstädten zugeht.

Seit 1959 haben sich aber unter dem Druck der Öffentlichkeit die Gesetze geändert, es gibt jetzt Umweltschutzgesetze, das heißt, daß inzwischen sogar nach den eigenen Gesetzen der Bourgeoisie dieser Pionierübungsplatz „ungesetzlich“ ist.

Bei dieser Versammlung nun war zu Beginn auch die Stimmung dementsprechend: Der Versammlungsleiter mußte des öfteren die Anwesenden zur „Besonnenheit“ ermahnen. Aber dann: Es waren sämtliche aus unserem Gebiet stammenden „Mandatsträger“ (MdB's, MdL's, Landrat, Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte) anwesend. Vor allem die „Ranghöheren“ sprachen einer nach dem anderen und jeder vertröstete auf seine Weise auf die Parlamente: Man müsse Petitionen schreiben, oder das Verteidigungsministerium könne nichts dafür, es müsse sich an die Angaben aus München halten und da regiere die CSU; jeder versprach, er werde sich dafür einsetzen, daß der Übungsplatz woanders hinkomme usw.

Die „hohen Herren“ aber redeten zusammengenommen vielleicht zweieinhalb Stunden auf die Bevölkerung ein, bis aus der Versammlung die Luft heraus war. So wurde denn auch am Schluß eine Resolution an Bundes- und Landtag verabschiedet und den Leuten war ihr ursprünglicher Kampfgeist genommen.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“

○ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME . . . .
WOHNORT . . . .
STRASSE . . . .

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Die rote Kurzgeschichte

Der Mann, der es bedauert

Berlin, Anfang März 1930

Im Januar gab es provozierende Stahlhelmaufmärsche in Neukölln; die Arbeiter demonstrierten dagegen. Nach der Anklageschrift nahmen die Massen „eine drohende Haltung“ ein. Nicht die Stahlhelmmassen selbstverständlich, auch nicht die Polizeimassen. Die Arbeitermassen. Die Polizei war „zum energischen Eingreifen gezwungen“. Gegen dieses energische Eingreifen der Polizei leistete der Angeklagte „Widerstand“.

Inwiefern?

Er nahm einen Stein und schleuderte ihn gegen die Polizisten. Traf er mit dem Stein einen Polizisten? Nein. Verwundete er einen? Nein. Traf der Stein überhaupt? Nein. Wurde der Angeklagte infolgedessen freigesprochen? Nein. Im Gegenteil: er bekam vom Neuköllner Schöffengericht acht Monate Gefängnis, wegen „schweren Aufruhrs“.

Der Angeklagte. Ein zusammengeschrumpfter, abgearbeiteter Prolet, keine drohende Erscheinung. Er gehört keiner politischen Partei, auch keiner Arbeiterorganisation an. Er ist einfach ein Arbeiter. Staatsanwalt und Vorsitzender hakken auf ihn wie Aasgeier ein, sie lesen Protokolle vor, die nicht ein einziges wahres Wort enthalten, die Zeugen in Polizeiuniform stehen da und lügen das Blaue vom Himmel herunter. Der kleine Arbeiter kann wirklich keine hohe Meinung von dieser Justizmaschine bekommen, die mit solchen Mitteln gegen ihn vorgeht. Er verliert aber keinen Augenblick die Haltung und die Nerven.

Man will schnell mit ihm fertig werden.

„Eigentlich ist die Verhandlung überflüssig“, sagt der Richter sarkastisch, „da Sie ja doch alles leugnen werden. Das kennen wir schon.“

„Ich werde nichts leugnen, was ich wirklich getan habe. Die Verhandlung scheint aber tatsächlich überflüssig zu sein, da das Gericht mich anscheinend auf alle Fälle verurteilen will.“

Der Richter bäumt sich auf, erteilt eine Rüge. Der Arbeiter bleibt ruhig.

„Sie leugneten bereits, daß Sie Kommunist und Rotfrontler sind.“

„Ich leugnete es nicht. Ich erklärte nur, weder das eine noch das andere zu sein, da ich es nicht bin. Wär ich's, ich wäre stolz darauf.“

Der Vorsitzende mit „vernichtendem Hohn“: „Sooo?“

Der Arbeiter mit unerschütterlicher Ruhe: „Jaaa.“

Der Vorsitzende im vorhinein triumphierend: „Daß Sie aber einen Stein gegen die Polizisten geworfen haben, das leugnen Sie selbstverständlich?“

„Durchaus nicht. Als ich sah, wie wild und unmenschlich die Herren, die jetzt hier als Zeugen und nicht als Angeklagte anwesend sind, auf Frauen und Jugendliche einhieben, nahm ich einen Stein und schleuderte ihn gegen sie.“

„Sie sind also zur Demonstration gegangen, um gegebenenfalls auch Steine gegen Polizisten zu werfen?“

„Ich bin gar nicht hingegangen, ich hatte mit der Demonstration nichts zu tun, weiß auch nicht, ob eine Demonstration stattgefunden hat, ich ging nur meines Weges über den Hermannplatz, sah, was die Herren Polizisten dort aufführten, und schleuderte einen Stein.“

„Warum taten Sie das?“

„Weil ich nicht zusehen kann, daß bewaffnete Männer – und diese Herren waren sehr gut bewaffnet – unbewaffnete Frauen und Halbwüchsige mit Gummiknüppeln auf das Pflaster hinstrecken und noch mit Fußtritten bearbeiten.“

„Das sind Lügen.“

„Für Sie, Herr Richter, der Sie hier sitzen und es nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Das ist Ihre Sache, für mich, der ich es mit den eigenen Augen gesehen habe, war es die heilige Wahrheit. *Darum* warf ich doch den Stein.“

Jetzt kommen die Fragen an die Polizisten, ob der Stein jemanden von ihnen getroffen hätte. Sie müssen zugeben, daß der Stein keinen von ihnen getroffen hat.

Peinliche Stille. Der Angeklagte sagt: „Es tut mir wirklich leid.“

Der Vorsitzende greift das Wort auf, er meint, der Arbeiter will zu Kreuze kriechen: „Sie bedauern also, den Stein geworfen zu haben?“

„Nein“, sagt der Arbeiter, ohne die Stimme zu erheben, „ich bedaure, daß der Stein, den ich geworfen hab, nicht traf.“

Die Köpfe der Richter werden rot. Mit blitzenden Augen fragt der Vorsitzende noch einmal: „Und Sie geben vor, kein Kommunist zu sein?! Sie behaupten es auch weiterhin?“

„Ich behaupte, daß ich kein Kommunist bin, ich behaupte, daß ich einen Stein gegen die Polizisten geschleudert habe, und ich behaupte, daß es mir außerordentlich leid tut, daß der Stein nicht getroffen hat.“

Dem Mann ist nicht zu helfen: „Haben Sie noch etwas zu erklären?“

„Ja, ich will noch erklären, daß ich mich als Arbeiter schämen würde, wenn ich die Niederknüppelung von Arbeiterfrauen und Jungen mit angesehen und dagegen nicht mit einem Steinwurf protestiert hätte.“

Acht Monate.

(André Gabor)

"Uns kann keener!"

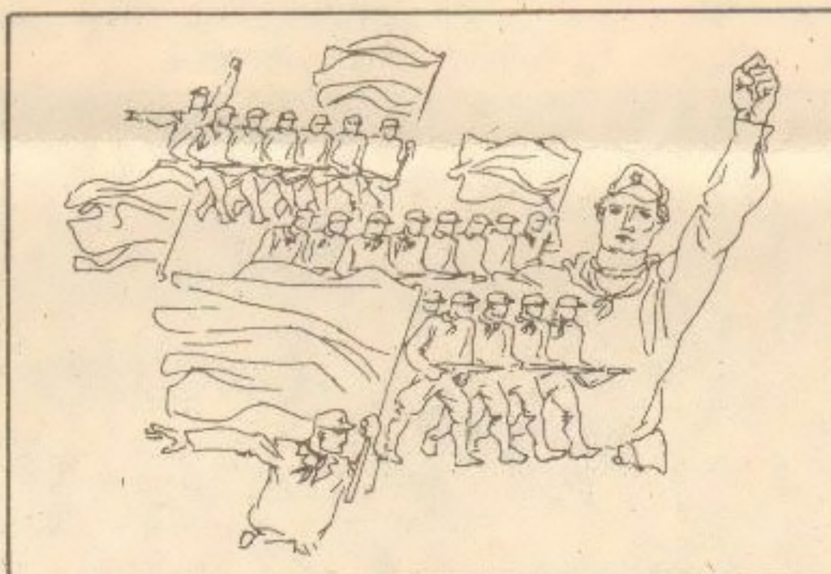
Unter den Verhafteten, die kurz vor Weihnachten 1934 nach der Durchsuchung eines Häuserblocks im Berliner Osten zum Verhör in die SA-Kaserne General-Pape-Straße geschafft wurden, befand sich auch der Maschinenschlosser P . . ., in dessen Wohnung man einen Abziehapparat und das auf Wachsmatrizen geschriebene Manuskript einer illegalen Zeitung gefunden hatte. Auf die von Kolbenstößen und Fußtritten begleiteten Fragen, wer das Manuskript und von wem es P . . . erhalten habe, antwortete er, er sei Kommunist und verrate seine Genossen nicht. Der Sturmbannführer, der ihn verhörte, meinte darauf, er solle sich nicht mausig machen, man sei in der General-Pape-Straße schon mit ganz anderen fertig geworden, und gab dann Befehl, das „Schwein kirre zu machen“. Als das trotz Anwendung erprobter Mittel, wie Ansengen der Fußsohlen und Brechen der Finger, nicht gelang und der Gefangene auch in den Pausen zwischen den Ohnmachten stumm blieb, ließ der Sturmbannführer den Sohn des P . . . holen und vor dem Vater halbtot prügeln. Aber der Alte blieb stumm. Sinnlos vor Wut, gab der Sturmbannführer seinen Leuten Order, den Kerl in den Keller zu schaffen. – Die Geschichte der Revolution berichtet von großen und stolzen Worten, mit denen zum Tode verurteilte Kämpfer starben. Die Pariser Kommunarden riefen, an der Mauer des Friedhofs Père Lachaise stehend, den Füsilieren des Generals Gallifet ihr „Vive la Commune!“ entgegen; Leviné sprach bei der Verkündung des Todesurteils das Wort von den Kommunisten, die nur Tote auf Urlaub sind; die gefangenen Roten Kommissare von Baku sangen, als man sie zur Exekution führte, die Internationale. Der Maschinenschlosser P . . . tat nichts dergleichen. Als die SA-Männer unten im Keller die Revolver entsicherten, sagte er nur auf gut berlinisch: „Uns kann keener!“

(1934)

(F. C. Weiskopf)

– Anzeige –

Kalender für das Jahr 1977



Kalender der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS
mit Zeichnungen, Fotos und Texten zum Kampf der Roten Hilfe früher und heute – Format 42x30 cm – Preis: 6 DM (davon 4 DM Spende für die Arbeit der Roten Hilfe)

Kalender der Gesellschaft der Freunde Albaniens
mit Fotos, Zeichnungen und Informationen über Albanien – Format 29x21 cm – Preis 6 DM

Kalender der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
mit albanischen Federzeichnungen – Format 21x15 cm – Preis 2,50 DM

Alle Kalender zu bestellen bei: **GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 11 16 49, 2000 Hamburg 11**



Kalender der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

1977



Anderthalb Jahre waren seit dem Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution vergangen. Das Jahr 1966 hatte für die Kulturrevolution bedeutende Siege gebracht. Auf der 11. Plenartagung hatte das ZK der KPCh das berühmte programmatische Dokument der Kulturrevolution, den „16-Punkte-Beschluß" des Genossen Mao Tsetung angenommen. Vorsitzender Mao veröffentlichte seine Wandzeitung „Das Hauptquartier bombardieren!" und deckte das bürgerliche Hauptquartier Liu Schao-tschis auf. Gewappnet mit diesen Dokumenten, entfaltete sich die gewaltige Massenbewegung der Roten Garden, die Millionen und Abermillionen von Revolutionären mobilisierte und sie zum Sturz des revisionistischen Parteimachthabers, des chinesischen Chruschtschows, zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats und zur Verhinderung der Restauration des Kapitalismus führte. Gab es im Sommer nur einige Dutzend Rotgardisten, so waren es im Herbst 1966 bereits weit über 10 Millionen. Genosse Mao Tsetung erkannte sofort die gewaltige revolutionäre Kraft dieser Massenbewegung. Er schrieb einen Brief an die Roten Garden, in dem es heißt:

Eure Aktionen ***„demonstrieren die Empörung und die Anklage gegen all jene, welche die Arbeiter, Bauern, revolutionären Intellektuellen und revolutionären Parteien und Gruppen ausbeuten und unterdrükken, nämlich gegen die Grundherrenklasse, die Bourgeoisie, den Imperialismus, den Revisionismus und ihre Lakaien; sie zeigen, daß Rebellion gegen die Reaktionäre berechtigt ist. Ich unterstütze Euch aufs wärmste!"***

In der Folge verbreitete sich der Sturm der Kulturrevolution wie ein Steppenbrand.

10 Jahre Januar-Revolution in Shanghai

"Rebellion gegen die Reaktionäre ist gerechtfertigt!"

In diesen Tagen jährt sich zum zehnten Mal die Januar-Revolution in Shanghai. Sie war einer der glänzenden Höhepunkte der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China und brachte die entscheidende Wende für den Sieg der proletarisch-revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung. Das Beispiel dieser Januar-Revolution von Shanghai, von Genossen Mao Tsetung aufgegriffen und propagiert, ergriff das ganze Land und führte dazu, daß die konterrevolutionären Träume Liu Schao-tschis einen vernichtenden Schlag einsteckten. Genosse Mao Tsetung verglich die Rebellion der Shanghaier Arbeiter sogar mit dem heroischen Vorbild der Pariser Commune des 19. Jahrhunderts und fordert alle Kommunisten und Revolutionäre auf, von ihr zu lernen.

Eine konterrevolutionäre Verschwörung

Natürlich blieben die kapitalistischen Machthaber und Erzrevisionisten um Liu Schao-tschi, Deng Hsiao-ping, Peng Dschen usw. nicht untätig. Erbittert klammerten sie sich an ihre Machtpositionen und ließen auch das hinterhältigste Manöver nicht unversucht, um sich vor der Entlarvung und dem Sturz durch die Kulturrevolution zu retten. Sie versuchten, die Reihen der Arbeiter, Bauern und Soldaten sowie der revolutionären Intellektuellen zu spalten, die Roten Garden zu zersetzen, sie durch innere Fraktionskämpfe zu lähmen und die Bewegung von ihrem Angriffsziel, der Handvoll kapitalistischer Machthaber in der Partei, abzulenken. Zu diesem Zweck bildeten sie konterrevolutionäre Organisationen, denen sie hochtrabende Namen wie *„Armee der Roten Fahne der Chinesischen Arbeiter und Bauern"*, *„Komitee für die Verteidigung der roten Macht"* oder *„Komitee für die umfassende Einheit"* gaben. Über solche Sprachrohre verbreiteten sie scheinbar „linke", in Wirklichkeit aber völlig reaktionäre Losungen wie *„An allem zweifeln!"* oder *„Alles stürzen!"*. Alles was sie taten, diente dazu, Chaos und Spaltung, Zersetzung und Konfusion in die Bewegung der Kulturrevolution zu tragen. Das Ziel dieser Erzrevisionisten war, daß die Massen der Arbeiter und Revolutionäre sich untereinander bekämpfen, anstatt den gemeinsamen Feind. Sie zettelten bewaffnete Unruhen an, und je mehr Arbeiterblut dabei floß, um so froher waren sie.

Sie hofften, diese Erscheinungen auf zweierlei Weise nutzen zu können: erstens, um von sich selbst abzulenken, zweitens, um der Masse der Linken und ihren proletarisch-revolutionären Führern die Ausschreitungen in die Schuhe schieben zu können, um sie zu verleumden und zu diffamieren, ein Trick, den der damalige *„kapitalistische Machthaber Nr. 2"*, der Erzrevisionist Deng Hsiao-ping bis in die jüngste Zeit anzuwenden versuchte. Diese verschiedenen Komplotte wuchsen sich zu einer konterrevolutionären Strömung aus, die sich im Winter 1966 noch verstärkte.

Warum konnten Liu Schao-tschis Agenten und Komplizen in solchem Umfang ihr Unwesen treiben und eine solche Verschwörung organisieren? Der Grund lag darin, daß sie bereits an verschiedenen Stellen und Orten die Macht dem Proletariat entrissen und ihre bürgerliche Diktatur errichtet hatten. An manchen Stellen waren die Eigentumsverhältnisse zwar der Form nach noch sozialistisch, die Führung lag jedoch in den Händen von Renegaten, unverbesserlichen Revisionisten und den kapitalistischen Weg gehenden Machthabern, die die Arbeiterklasse und die proletarischen Revolutionäre unterdrückten. So entstand die ernste und für die Verhinderung der Restauration des Kapitalismus entscheidende Situation, daß das Proletariat und die werktätigen Massen in einer Reihe von Bereichen, Städten, Volkskommunen und Einheiten sich vor die historische Aufgabe gestellt sahen, die politische Macht erneut zu erobern, denn sie lag nicht mehr in ihren Händen. So auch in Shanghai. Dort hielten die Agenten Liu Schao-tschis das Stadtparteikomitee, die staatlichen Stellen, wichtige Schlüsselpositionen in der Wirtschaft, dem Finanzbereich usw. in der Hand und versuchten erbittert, die Kulturrevolution zu unterdrücken.

Zunächst versuchten sie es mit einem demagogischen Trick. Sie stellten die Behauptung auf, daß diejenigen proletarischen Revolutionäre, die die Revolution anpackten, *„die Produktion sabotieren"*, würden, überall *„Chaos"* stiften und den *„Fortschritt der Produktion"* aufhalten wollten. Doch dieser Versuch schlug fehl. Kurz darauf unternahmen sie einen neuen, umfassenden und heimtückischen Generalangriff auf die Kulturrevolution. Dazu benutzten sie den konterrevolutionären Ökonomismus Chruschtschows, von dem sie immer gelernt hatten. Da sie die entsprechenden staatlichen Stellen in der Hand hatten, begannen die den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber in der Partei in Shanghai, in Riesenumfang Staatseigentum und -gelder zu verschleudern, um die Arbeiterklasse durch Bestechung zu spalten.

So propagierten und praktizierten sie den „materiellen Anreiz", verfügten rückwirkende Lohnerhöhungen, erhöhten die Sozialausgaben völlig ungerechtfertigt, warfen mit Beförderungen und Privilegien um sich und versuchten die verschiedenen Arbeitergruppen gegeneinander zu hetzen, und sie zu immer höheren Lohnforderungen aufzuwiegeln. Sie gingen sogar soweit, die Arbeiter auf den Docks des Shanghaier Hafens aufzuhetzen, in den Streik für höhere Löhne zu treten. Sie schmiedeten Komplotte, um die Wasser- und Elektrizitätsversorgung der 10-Millionen-Stadt zu unterbrechen und das Transport- und Verkehrswesen lahmzulegen, indem sie die Arbeiter dazu aufhetzten, ihre Arbeitsplätze zu verlassen. Anknüpfend an das Bewußtsein einiger weniger rückständiger Arbeiter propagierten sie den *„Gulasch-Kommunismus"* Chruschtschows, versuchten der Arbeiterklasse die revolutionären Ideale zu nehmen und sie auf kurzfristige, engbegrenzte materielle Vorteile zu orientieren.

Rebellion in Shanghai!

Aber das Shanghaier Proletariat mit seinen langen revolutionären Traditionen und seinen mit dem Blut von zigtausenden revolutionären Kämpfen erkauften Erfahrungen ließ sich auf die Dauer nicht täuschen. Ermutigt durch die Losung Mao Tsetungs ***„Rebellion ist gerechtfertigt"*** erhoben sie sich gegen die Handvoll kapitalistischer Machthaber im Shanghaier Stadtkomitee und nahmen den Kampf auf. Empört schrieben die revolutionären Arbeiterrebellen in ihrer *„Dringenden Bekanntmachung"*, die sie in ganz Shanghai verbreiteten:

„Die kleine Handvoll Leute in der Partei, die Machtpositionen einnimmt und den kapitalistischen Weg geht, greift zu solch niederträchtigen Mitteln und hat nichts anderes als folgendes zum Ziel: 1. Sie will durch Sabotage an der Produktion, die Unterbrechung des Verkehrs, Schaden an der nationalen Wirtschaft und am Lebensstandard des Volkes sich dem Vorsitzenden Mao und dem Zentralkomitee der Partei widersetzen und auf die vom ZK beauftragte Gruppe für die Kulturrevolution einen Druck ausüben, damit ihr Zweck, die Große Proletarische Kulturrevolution zu untergraben, erreicht werden kann; 2. Sie will wirtschaftliche Vorteile verwenden, um die allgemeine Orientierung des Kampfes zu verändern, womit sie versucht, einen ernsten politischen Kampf auf die schiefe Bahn eines wirtschaftlichen Kampfes zu lenken, gleichzeitig den revolutionären Willen der Massen mit materiellen Interessen zu korrumpieren, die friedliche Evolution herbeizuführen und die bürgerlichen Ideen Amok laufen zu lassen.

Deshalb warnen wir feierlich das Shanghaier Stadtkomitee der Partei, daß keinerlei Komplotte, die darauf abzielen, die Linie des Kampfes durch Sabotage an der Produktion, Unterbrechung des Verkehrs und Erhöhung des Arbeitslohnes sowie materieller Vorteile zu ändern, Erfolge haben werden. Die revolutionären Rebellengruppen, die mit der Lehre Mao Tsetungs gewappnet sind, entlarven diese Komplotte entschlossen und schlagen die Angriffe der reaktionären ideologischen Strömung der Bourgeoisie entschieden zurück!"

Diese *„Dringende Bekanntmachung"*, unterschrieben von 31 Shanghaier revolutionären Rebellenorganisationen aller Produktionszweige, der Universität und anderer gesellschaftlicher Bereiche, wurde zum Manifest der Januar-Revolution von Shanghai. Als der Vorsitzende Mao dieses Dokument zu Gesicht bekam, ließ er es über den Rundfunk in ganz China verbreiten. Das war für die Shanghaier Rebellen eine große Ermutigung. Die Rebellenorganisationen schlossen sich zusammen unter der Führung des *„Generalhauptquartieres der Arbeiterrebellen Shanghais"* und beschlossen ein Sofortprogramm, um die von den Revisionisten beherrschten Machtpositionen zurückzuerobern und die von ihnen verursachten Schäden zu beheben.

Zwei Tage nach der Veröffentlichung ihrer *„Dringenden Bekanntmachung"*, am 11. Januar 1967, erhielten die revolutionären Arbeiterrebellen in Shanghai ein Grußtelegramm des vom Vorsitzenden Mao geführten Zentralkomitee der Partei und der Zentralen Gruppe für die Kulturrevolution. Darin heißt es:

„Eure ‚Dringende Bekanntmachung' ist ausgezeichnet! Die von Euch aufgestellten Leitprinzipien und unternommenen Aktionen sind vollkommen richtig! (...) Ihr habt ein großes Bündnis der proletarischen revolutionären Organisationen zustande gebracht, und seid zum Kern der Vereinigung aller revolutionären Kräfte geworden. Ihr habt das Schicksal der Diktatur des Proletariats, das Schicksal der großen proletarischen Kulturrevolution und das Schicksal der sozialistischen Wirtschaft in Eure Hände genommen. Eure revolutionären Aktionen haben der Arbeiterklasse und den Werktätigen im ganzen Lande und allen revolutionären Massen ein glänzendes Beispiel geliefert."

Die Januar-Revolution

Doch der Kampf in Shanghai war hart und erbittert. Die kapitalistischen Machthaber und Agenten Liu Schao-tschis verfolgten die Rebellen mit brutaler Unterdrückung. Sie nannten das Rebellenhauptquartier eine *„konterrevolutionäre Clique"*, und jeder, der gegen die revisionistische Linie rebellierte, wurde mit dem Etikett *„parteifeindliches Element"*, *„antimarxistischer Klassenfeind"* usw. versehen. Sie verzerrten völlig die proletarische Disziplin der Partei und bedrohten alle Revolutionäre mit dem Ausschluß aus der Partei. Ein Beispiel dafür, daß der Kampf auf Leben und Tod entbrannte, waren die Ereignisse in der berühmten *„Baumwollspinnerei Nr. 17"* in Shanghai, dem *„roten Bollwerk"*, wie es die Arbeiter nannten. Dort hatte eine Gruppe von Renegaten und bürgerlichen Elementen, die sich in die Partei eingeschlichen hatten, die Macht. Sie verfolgten treu das revisionistische Programm Liu Schao-tschis und unterdrückten die Arbeiter der Fabrik mit den gleichen Methoden, wie die Kuomintang-Reaktionäre, die früher die Herren des Betriebes waren.

In der *„Baumwollspinnerei Nr. 17"*, einer großen Textilfabrik mit 8600 Arbeitern begann die Januar-Revolution von Shanghai. Sechs Kommunisten in dieser Fabrik folgten dem Aufruf des Vorsitzenden Mao und schlugen die erste große revolutionäre Wandzeitung an, in der sie die Revisionisten und ihre Linie der Restauration des Kapitalismus anprangerten. Die Agenten Liu Schao-tschis ließen diese sechs Genossen sofort brutal verfolgen. Man schlug sie, verdammte sie als *„konterrevolutionäre Bande"* und bedrohte sie. Als dies nicht mehr half, gerieten die Erzrenegaten völlig aus dem Häuschen. Sie ließen den Betrieb durch sogenannte *„Arbeitsgruppen"* besetzen. Über 400 revolutionäre Arbeiter der Fabrik, die den ersten sechs Kommunisten gefolgt waren, ließen sie buchstäblich zusammentreiben, einschließen und schließlich allesamt als *„Konterrevolutionäre"* verhaften! In der Haft wurden sie mißhandelt! Doch in der schweren Prüfung harrten die proletarischen Revolutionäre aus und ließen sich vom Toben der reaktionären Meute im Stadt- und Fabrikkomitee überhaupt nicht beeindrucken. Es gelang ihnen, einige ihrer Genossen nach Peking zu schikken, um Kontakt mit dem Zentralkomitee aufzunehmen. Einer von ihnen traf mit dem Vorsitzenden Mao persönlich zusammen und erhielt wichtige Instruktionen.

Bei der Rückkehr nach Shanghai lösten ihre Berichte einen wahren Sturm des revolutionären Klassenkampfes aus. Der Vorsitzende Mao Tsetung hatte die Erfahrungen ihrer Bewegung in Shanghai zusammengefaßt und die Parole ausgegeben:

„Proletarische Revolutionäre, vereinigt Euch und entreißt der Handvoll von Machthabern in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen, die Macht!"

Damit war klar, welche Stoßrichtung der komplizierte Klassenkampf in Shanghai und in ganz China zu nehmen hatte. Den Shanghaier Rebellen wurde klar:

„In seiner Auswertung der Erfahrungen der Pariser Kommune stellte Karl Marx fest, daß das Proletariat niemals die bestehende Staatsmaschinerie der Bourgeoisie übernehmen dürfe, sondern sie völlig zerschlagen müsse. (...) Da einige Institutionen, die von einer Handvoll von Parteimitgliedern in Machtpositionen, die den kapitalistischen Weg gehen, kontrolliert werden und zu Organisationen der bürgerlichen Diktatur geworden sind, dürfen wir sie selbstverständlich nicht in ihrer ursprünglichen Form übernehmen. Wir dürfen weder Reformismus betreiben ... noch einen friedlichen Übergang herbeiführen, sondern müssen diese Maschinerie völlig zerschlagen."

Innerhalb von zwei Monaten fegte in der Folge die Revolution in Shanghai die bürgerlichen Machthaber und ihre Agenten hinweg, entlarvte und entmachtete sie vollständig. In der *„Baumwollspinnerei Nr. 17"* übernahmen die Arbeiter die Macht und ersetzten im April 1967 die alten Organe durch das rote Machtorgan des Proletariats – das Revolutionskomitee. So geschah es in ganz Shanghai.

Der Sieg der Kulturrevolution in Shanghai führte zu einem ungeheuren Aufschwung des Kampfes in ganz China. Die Januar-Revolution in Shanghai wurde zum Fanal für den Sieg der proletarisch-revolutionären Linie Mao Tsetungs und ein Mahnzeichen für alle die Revisionisten, Renegaten und bürgerlichen Machthaber, daß sie mit ihren Versuchen der Restauration des Kapitalismus letzten Endes erbärmlich scheitern würden. Das ist eine historische Gesetzmäßigkeit. Wenn sich dieses Pack noch sicher fühlt und schon glaubt, über das Proletariat und die Revolutionäre gesiegt zu haben, wachsen bereits die revolutionären Kräfte heran, die ihren Sturz herbeiführen werden. Die ruhmreichen und unvergeßlichen Shanghaier Arbeiterrebellen begriffen zutiefst, was Genosse Mao Tsetung gelehrt hat:

„Die revolutionäre Diktatur und die konterrevolutionäre Diktatur sind ihrem Charakter nach einander entgegengesetzt, aber erstere hat von der letzteren gelernt. Dieses Lernen ist von besonderer Bedeutung, weil das revolutionäre Volk die Macht nicht behalten kann, wenn es nicht lernt, über die konterrevolutionären Klassen zu herrschen. Sonst würde seine Macht von den in- und ausländischen reaktionären Cliquen gestürzt werden. Die reaktionären Cliquen in China und im Ausland würden dann ihre Herrschaft über China wiedererrichten, und das würde eine Katastrophe für das revolutionäre Volk bedeuten."

Die Shanghaier revolutionären Rebellen Mao Tsetungs haben mit der Januar-Revolution eine glänzende Seite in dem Geschichtsbuch der revolutionären Kämpfe des Weltproletariats geschrieben. Ist es verwunderlich, daß sich die revolutionären proletarischen Massen Shanghais und die aus ihnen hervorgegangenen revolutionären Kader, die von Vorsitzenden Mao Tsetung erzogen wurden, den unauslöschlichen Haß aller Revisionisten, Renegaten und den kapitalistischen Weg gehenden Machthabern zugezogen haben? Daß letztere seit den Januartagen des Jahres 1967 auf Gelegenheit zur Rache warten?

In den Herzen und Köpfen der Arbeiter und der proletarischen Revolutionäre der ganzen Welt dagegen haben sich die Januar-Kämpfer von Shanghai unvergängliche Achtung erworben und werden nie vergessen werden.

Rede des Genossen Enver Hoxha über die neue Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien

Die Volksversammlung in Albanien hat den Entwurf für die neue Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien einstimmig angenommen! Den Bericht der Sonderkommission der Volksversammlung für die Ausarbeitung des Entwurfs der neuen Verfassung erstattete am 27. Dezember der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genosse Enver Hoxha. Wir drucken im folgenden eine gekürzte Fassung dieser Rede ab, wie sie am 28. 12. 76 über Radio Tirana gesendet wurde.

Eingangs sprach Genosse Enver Hoxha über den Weg, der verfolgt wurde, um den endgültigen Entwurf des neuen Grundgesetzes unseres sozialistischen Staates auszuarbeiten. Er unterstrich, daß die Auseinandersetzung der Massen mit dem Entwurf der Verfassung und die Volksaussprache darüber ein großer Beitrag zur Ausarbeitung einer der demokratischsten und revolutionärsten Verfassungen war und ging dann auf einige wesentliche und grundsätzliche Probleme des Verfassungsentwurfs ein.

Der Verfassungsentwurf der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, sagte er, spiegelt zusammengefaßt unsere sozialistische Realität und ihre Entwicklungstendenzen, die Linie der PAA, ihre revolutionären Lehren und Erfahrungen wider. Sie ist von Anfang bis Ende von der marxistisch-leninistischen Ideologie und von den Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus durchdrungen.

Das ist der Grund dafür, daß der Inhalt des Entwurfs nicht nur von unseren werktätigen Massen, die darin die korrekte Linie unserer Partei während der unaufhaltsamen Entfaltung der sozialistischen Revolution und des Aufbaus und der Verteidigung des Sozialismus getreulich ausgedrückt gefunden haben, gebilligt worden ist, sondern auch in der Welt ein positives Echo gehabt hat. Die Verfassung unseres sozialistischen Landes ist Ausdruck des Willens des albanischen Volkes selbst und von niemand anderem. Sie ist das Grundgesetz, die Grundlage, auf der sich das ganze Leben des Volkes entwickelt. Diese Verfassung entspricht zum einen der mit Blut, Arbeit und Schweiß erreichten konkreten Realität des Landes und eröffnet zum anderen dem sozialistischen Albanien in jeder Hinsicht glänzende und sichere Perspektiven. Klarheit ist ihr Charakteristikum, die in jedem Artikel festzustellen ist, die Probleme der Basis und des Überbaus, der Organisierung oder der Rechte und Pflichten der albanischen Bürger behandelt.

Die Eigentümlichkeit unserer Verfassung besteht darin, daß sie sich von den Verfassungen anderer Länder unterscheidet. Diese Eigentümlichkeit verstärkt die Einheit des Volkes und spaltet sie nicht. Sie schwächt nicht seine Lebenskraft, sondern vervielfacht sie. Sie fördert nicht die moralisch– politische Entartung, sondern unterstreicht, verstärkt und stählt die gesunden und reinen Eigenschaften unseres Menschen, die Liebe zum Genossen, die Treue zum sozialistischen Vaterland, den Gerechtigkeitssinn. Die Verfassung schätzt die Arbeit als Schöpferin der materiellen Güter und erzieherisches Mittel für den Menschen, der für die Hebung des individuellen und familiären Wohlstandes und des Wohlstandes der ganzen Gesellschaft kämpft und sich dafür begeistert. Sie behandelt diese Fragen in einer festen Einheit, eng verbunden und in demokratischsten Formen zusammengefaßt. Die Eigentümlichkeit unserer Verfassung besteht in der bedeutenden Tatsache, daß die Führung im Land die Partei der Arbeit innehat, ohne die es kein freies Albanien und keine sozialistische Gesellschaft geben könnte.

Die historische Erfahrung hat bestätigt, daß die genialen Ideen der Klassiker des Marxismus-Leninismus über die führende und unteilbare Rolle der Partei der Arbeiterklasse, über den Staat der Diktatur des Proletariats und über den Klassenkampf Grundprinzipien für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft sind. Sie müssen strikt beachtet werden, bis alle inneren und äußeren objektiven und subjektiven Ursachen für das Entstehen des Revisionismus und die Wiederherstellung des Kapitalismus vollständig verschwunden sind, bis also der Kommunismus im Weltmaßstab triumphiert hat.



Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Lehren ist in dem Entwurf verankert, daß die Sozialistische Volksrepublik Albanien ein Staat der Diktatur des Proletariats ist, der die Interessen aller Werktätigen vertritt und verteidigt und die Revolution ununterbrochen entfaltet, indem er am Klassenkampf festhält und daß die Partei der Arbeit Albaniens, Vorhut der Arbeiterklasse, die einzige führende politische Kraft des Staates und der Gesellschaft ist.

Dadurch, daß wir diese marxistisch-leninistischen Grundprinzipien zu Verfassungsnormen erheben, während die modernen Revisionisten sie flagrant verfälscht haben, leisten wir nicht nur unserem Vaterland, der albanischen Arbeiterklasse und dem albanischen Volk einen großen Dienst, sondern zeigen wir in unserer Praxis die schöpferische und stets junge Kraft des Marxismus-Leninismus, verteidigen wir die unumstößlichen Prinzipien der Diktatur des Proletariats, die unsterblichen Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus.

In dem Verfassungsentwurf ist auch die sehr wichtige Idee verankert, daß in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien der Marxismus-Leninismus, die Ideologie der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die herrschende Ideologie ist. Diese Verfassungsnorm, die einen bei uns verwirklichten großen historischen Sieg ausdrückt, bekräftigt einerseits die grundsätzliche wichtige These, daß der Sozialismus nur auf der Grundlage dieser wissenschaftlichen Ideologie aufgebaut werden kann, und andererseits verhindert sie, daß sich in unserem Land fremde Ideologien und sämtliche Theorien der modernen Revisionisten über den „ideologischen Pluralismus", über den „freien" Verkehr der reaktionären Ideen und Kulturen verbreiten, die Waffen der politischen Konterrevolution und der ideologischen Aggression sind, auf die auch die bewaffnete, militärische Aggression folgt.

Unter den Bedingungen des heutigen Weltgeschehens, da der Imperialismus und Sozialimperialismus alles unternehmen, um die Völker zu beherrschen, da die in ihrem Dienst stehenden Ideologen die ungeheuerlichsten Theorien über die Unterwerfung der Nationen in Umlauf setzen, erhält es erstrangige Bedeutung, die Souveränität zu verteidigen und die unabhängige Stellung des Staates auf allen Gebieten zu erhalten.

Die meisten Völker unternehmen heute große Anstrengungen, und sie widersetzen sich nachdrücklich den kolonialen Gesetzen und der neokolonialistischen Herrschaft, den alten und neuen Regeln, Praktiken, Sitten und ungleichen Abkommen, die von der Bourgeoisie aufgestellt wurden, um die Ausbeutung der Völker, die verhaßten Unterschiede und Diskriminierungen in den internationalen Beziehungen aufrecht zu erhalten. Diese Gesetze bemühen sich die beiden Supermächte auf jede Weise beizubehalten und zu verewigen. Sie trachten die Reichtümer der anderen Länder zu plündern, Privilegien zu ergattern und verschiedene Völker zu versklaven. Die fortschrittlichen Völker und demokratischen Staaten, die sich mit diesem Zustand nicht abfinden und kämpfen, um die nationale Souveränität über ihre Ressourcen herzustellen, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu festigen und Gleichberechtigung in den internationalen Beziehungen zu erreichen, haben die vollständige Solidarität und die Unterstützung des albanischen Volkes und des albanischen Staates.

Die Sozialistische Volksrepublik Albanien, die, wie es auch in dem Verfassungsentwurf erklärt wird, entschlossen an dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, der vollständigen Ausübung der nationalen Souveränität festhält, weist jede Form der Begrenzung der Souveränität, auf welchem Gebiet es auch sei, zurück. In dem Entwurf, der diese unmittelbar mit der Linie unserer Partei zusammenhängende Haltung verankert, wird dazu erklärt: „Niemand anders als die ausdrücklich in der Verfassung festgelegten Organe, darf in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und in ihrem Namen die Souveränität des Volkes und jedes seiner Attribute ausüben."

In dieser Gesetzesbestimmung wird nicht nur den verlogenen bürgerlichen Theorien, die die Souveränität als ein anachronistisches Konzept, als Ursprung aller Übel in der heutigen Welt usw. betrachten, eine entschiedene Abfuhr erteilt, sondern auch die Theorie der Sowjetrevisionisten über die „begrenzte Souveränität" zum Nutzen der „höchsten Interessen" der sogenannten sozialistischen Gemeinschaft kategorisch zurückgewiesen. Jeder Staat, der sich selbst und die anderen achtet, hat seine eigenen Normen, von denen er sich bei den freundschaftlichen Beziehungen leiten läßt. Diese Normen sind je nach der Weltanschauung eines jeden Staates verschieden. Niemand darf dem anderen seine Normen aufzwingen. Etwas, das einem Staat gefällt oder ihm entspricht, kann einem anderen Staat nicht gefallen und ihm nicht entsprechen. Kein Staat soll gegenüber einem anderen Staat mit seinen Meinungen und Ansichten hinter dem Berg halten, sondern sie äußern, auch in kritischer und polemischer Form. Es ist logisch, daß es auch wirklich souveräne Staaten wie unseren gibt, die es nicht akzeptiert haben und nicht akzeptieren, sich einem Taktstock oder irgendeinem anderen Stock zu unterwerfen. Wenn es andere gibt, die einen Taktstock oder Knüppel akzeptieren wollen, ist das ihre Angelegenheit. Aber unsere Verfassung und unsere Ideologie erlauben und befehlen uns, solche Erpressungen zu bekämpfen, die die Interessen unseres sozialistischen Staates und seines Volkes verletzen.

Unsere Verfassung verankert klar und bestimmt, daß niemand sich das Recht anmaßen darf, die Souveränität auszuüben und Hilfe anzufordern, die irgendeine Einmischung der imperialistischen, revisionistischen oder anderen reaktionären Feinde in Albanien legalisiert. So wird die Möglichkeit von Versuchen ausgeräumt, die Aggression zu tarnen und zu rechtfertigen, die der Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze und der sowjetische Sozialimperialismus praktizieren wollen, die eine aggressive Politik betreiben. Eine solche Praxis, die die Geschichte und die Völker niemals vergessen können, ist auch die Besetzung der Tschechoslowakei durch die revisionistische Sowjetunion 1968, sind auch die Aggressionskriege und die räuberischen Einmischungen, die der USA-Imperialismus in Asien, Afrika, Lateinamerika, im Nahen Osten und anderswo betrieben hat.

Große Bedeutung für die Aufrechterhaltung und Festigung der Unabhängigkeit, der Verteidigung des Vaterlandes und der Siege der Revolution, sagte Genosse Enver Hoxha ferner in seinem Bericht, hat auch das in dem Verfassungsentwurf niedergelegte Prinzip, daß das Territorium der Sozialistischen Volksrepublik Albanien unveräußerlich ist und seine Grenzen unantastbar sind. Niemandem wird das Recht zuerkannt, im Namen der Sozialistischen Volksrepublik Albanien die Kapitulation oder Besetzung des Landes zu unterzeichnen oder anzunehmen. Jeder derartige Akt wird als Vaterlandsverrat bestraft. So ist auch vom verfassungsmäßigen Gesichtspunkt aus jeder Akt ungültig, der die Kapitulation des Landes vor dem Feind legalisiert.

In den Bestimmungen des Verfassungsentwurfs ist die kategorische Haltung der Partei und unseres Volkes bekräftigt, daß auf dem Territorium der Sozialistischen Volksrepublik Albanien die Stationierung ausländischer Militärstützpunkte und Truppen unzulässig ist. Dieses Prinzip ist von lebenswichtiger Bedeutung für Albanien, denn es drückt klar und unzweideutig die Entschlossenheit des albanischen Volkes und sein souveränes Recht aus, das Land zu verteidigen. Gleichzeitig drückt diese Verfassungsnorm auch die prinzipienfeste und freundschaftliche, internationalistische Außenpolitik aus, die vom sozialistischen Albanien verfolgt wird, damit sein Territorium niemals und unter keinen Umständen zu einer Aggression gegen andere Länder und Völker benutzt wird.

Um die Unabhängigkeit des Vaterlandes auf wirtschaftlichem Gebiet zu bewahren, um die sozialistische, sozialökonomische Ordnung und das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln unangetastet zu verteidigen, bekräftigt der Verfassungsentwurf, daß in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien die Vergabe von Konzessionen, die Gründung von ausländischen oder mit bürgerlichen und revisionistischen, kapitalistischen Monopolen und Staaten gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzgesellschaften und anderen Institutionen sowie die Annahme von Krediten von ihnen verboten ist. Der amerikanische Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus und ihre Lakaien „sorgen" sich um das sozialistische Albanien, wie es aus eigenen Kräften leben und sich entwickeln werde, ohne Kredite von den Kapitalisten anzunehmen.

Wir werden mit unseren Kräften vorwärts schreiten, sagte Genosse Enver Hoxha. Diese Entschlossenheit haben die Zeit und die unleugbare Realität unseres Landes, die großen Leistungen in Wirtschaft, Bildung und Kultur bewiesen. Wir haben ein unterschiedliches Verständnis von der „Hilfe" in Form von Krediten, die ein Staat vom Ausland erhält. Auf der einen Seite ist die Hilfe, die ein sozialistischer Bruderstaat leistet, und auf der anderen Seite sind die Kredite, die von den Imperialisten, Sozialimperialisten und Kapitalisten gegeben werden. Das erste ist brüderliche, vorbehaltlose Hilfe ohne politischen Druck und unabhängig von den Umständen. Die Kredite des Imperialismus, Sozialimperialismus und Weltkapitalismus dagegen zielen in jeder Form, in der sie gegeben werden, darauf ab, die Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität der verschiedenen Länder und Völker zu verletzen, indem sie unter ständigen politischen

Druck gesetzt werden. Unser Land hat niemals solche versklavenden Kredite angenommen und wird es auch nicht tun, denn sie sind nichts anderes als Formen des Neokolonialismus.

Die neue Verfassung läßt keinen Raum für mehrdeutige Meinungen und für Auslegungen zum Schaden der Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität und Verteidigung des Vaterlandes. Gleichzeitig berührt sie nicht die Rechte irgendeines anderen Staates. Die Verfassung erlaubt niemandem, ob einem Staat oder Individuum, sich in die inneren Angelegenheiten unseres Landes einzumischen und erlaubt umgekehrt auch unserem Staat der Diktatur des Proletariats nicht, sich in die inneren Angelegenheiten irgendeines anderen Landes einzumischen. Ein sozialistischer Staat wie unserer, der eine der demokratischsten Verfassungen besitzt, hat unweigerlich gute und freundschaftliche Beziehungen mit den Völkern der Welt. Unsere Verfassung ist keine Verfassung, die zur Isolierung unseres Landes führt, wie einige behaupten, sondern im Gegenteil, sie ruft Liebe, Achtung der Völker hervor, der Demokraten und der fortschrittlichen Menschen und Staaten.

Der Verfassungsentwurf hat sich durch viele seiner Bestimmungen das marxistisch-leninistische Prinzip zu eigen gemacht, daß die sozialistische Demokratie untrennbar von der Diktatur des Proletariats ist, daß dadurch, daß die breite Demokratie für die Werktätigen vollständig angewandt wird, die Diktatur des Proletariats aufrechterhalten und gefestigt werden kann, daß nur die Diktatur des Proletariats imstande ist, den Massen die wahre Demokratie zu garantieren. Die ganze Staatsmacht in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien geht vom werktätigen Volke aus und gehört ihm. Die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern und die übrigen Werktätigen können ihre verfassungsmäßig verankerten Rechte in Hinsicht auf das Regieren des Landes nicht nur durch die vertretenden Organe ausüben, sondern auch unmittelbar. Ein lebendiger und konkreter Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der sozialistischen Demokratie in Aktion ist auch das im Entwurf verankerte Recht der Arbeiterklasse, unter Führung der Partei die Kontrolle über die Tätigkeit der Staatsorgane, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und der Werktätigen auszuüben.

Die Mehrzahl der Verfassungen der kapitalistischen Länder, in denen brutal die Diktatur der Bourgeoisie herrscht, und der Verfassungen der Länder, in denen die Revisionisten herrschen, zeichnen sich durch demokratische Phraseologie aus. Aber hinter den schönen Worten und den leeren Versprechungen von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit usw. verbirgt sich die Gewalt der Ausbeuterklassen und der herrschenden Cliquen, die gegenüber den Werktätigen ausgeübt wird. Für die Verwirklichung der demokratischen Rechte und Freiheiten kämpfen die werktätigen Massen heute in allen Ecken und Enden der Welt. Sie wollen, wie Lenin sagte, nicht das Versprechen der Freiheit, nicht die Freiheit auf dem Papier erringen, sondern die wahre Freiheit. Sooft die Massen die Anwendung der Verfassungsnormen, die aus betrügerischen Absichten verkündet werden, verlangen, wird dieser ihr Versuch schleunigst als Tätigkeit gewertet, die die staatliche und politische Ordnung gefährdet, und mit Feuer und Schwert bekämpft. Durch diese Realität wird die marxistisch-leninistische These bewiesen, daß die werktätigen Massen dort, wo die Diktatur des Proletariats noch nicht gesiegt hat, oder dort, wo sie aufgegeben wurde, keine wahren demokratischen Rechte und Freiheiten genießen können.

In unserem sozialistischen Vaterland sind den Bürgern durch die Anwendung der sozialistischen Demokratie gesetzlich die Rechte garantiert, die sie wirklich genießen, denn bei uns besteht kein Graben zwischen Gesetz und Wirklichkeit.

In dem Entwurf werden nicht nur die Rechte der nationalen Minderheiten verkündet, sondern gleichzeitig wird darin gesetzlich verankert, daß jede Verletzung dieser Rechte bestraft wird.

Den vielen Grundrechten, die der Staat unseren Bürgern garantiert, entsprechen ihre Pflichten, die gleichzeitig eine Ehre für sie sind. Die Feinde der Freiheit und des Sozialismus, die den Klassenkampf, die Diktatur des Proletariats und die führende Rolle seiner Partei bekämpfen, theoretisieren, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu verteidigen und die Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung dort, wo sie gestürzt wurde, zu rechtfertigen, über den „demokratischen Sozialismus", über den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" und über die „Rückkehr zur Demokratie", die die Ausbeuterklassen und die Volksfeinde verloren haben. In unserem Land, sagte Genosse Enver Hoxha, sind den Bürgern alle von der Verfassung und den übrigen Gesetzen zuerkannten Rechte garantiert, aber den Feinden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, die, wenn auch noch so wenig, den Interessen des Volkes, des Vaterlandes und des Sozialismus schaden wollen, ist der Weg verlegt worden, und er wird ihnen immer verlegt sein. Bei uns gab es keine Handlungsfreiheit für die Feinde, es gibt sie nicht und wird sie auch nicht geben. Der Entwurf, der diese Linie der Partei verteidigt, verbietet die Bildung einer jeden Organisation von faschistischem, antidemokratischem, religiösem und antisozialistischem Charakter, er verbietet auch faschistische, antidemokratische, religiöse, kriegshetzerische und antisozialistische Tätigkeit und Propaganda sowie das Anstacheln von Völker- und Rassenhaß. Bei dieser Haltung ging unsere Partei von der Lehre Lenins aus, der gesagt hat, zusammen mit einer ungeheuren Erweiterung der Demokratie, die zum erstenmal Demokratie für die Armen und nicht Demokratie für die Reichen ist, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Beschränkungen der Freiheit für die Unterdrücker, die Ausbeuter und die Kapitalisten mit sich.



„Unsere sozialistische Demokratie hat den Werktätigen das große Recht gewährt, ihre Meinung zur Lösung der gesellschaftlichen und staatlichen Probleme zu sagen, über alles und alle ihre Kontrolle auszuüben, wirksam, umfangreich, organisiert und in den verschiedensten Formen am Regieren des Landes teilzunehmen." (Enver Hoxha, Rechenschaftsbericht an den 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens) Unser Bild: Arbeiter diskutieren die Ergebnisse des 7. Parteitages.

Auch was die wirtschaftliche Ordnung anbelangt, spiegelt der Verfassungsentwurf die Grundprinzipien der Wirtschaftspolitik der Partei wider und verankert sie durch das System der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die das Grundmerkmal des wirklichen Sozialismus darstellen. Juristisch verkündet der Entwurf die Produktionsmittel als sozialistisches, gesellschaftliches Eigentum in Form des Staatseigentums, das dem gesamten Volk gehört, und in Form des genossenschaftlichen Eigentums in der Landwirtschaft, daß einer Gruppe von Werktätigen des Dorfes gehört. Da das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln die unantastbare Grundlage der sozialistischen ökonomischen Ordnung darstellt, verankert der Entwurf als verfassungsmäßige Norm die Verpflichtung des Staates, dieses Eigentum zu schützen. Auch das persönliche Eigentum, das aus den Einkommen, aus Arbeit und anderen gesetzlichen Quellen besteht, die dazu dienen, die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Person und ihrer Familienangehörigen zu befriedigen, wird von unserem Staat anerkannt und verteidigt, mit der einzigen Einschränkung, daß es nicht zum Schaden des gesellschaftlichen Interesses genutzt werden darf. Unter anderem wurde auch der Boden zu staatlichem Eigentum erklärt. Daß der Boden zu staatlichem Eigentum erklärt wurde, ändert nicht im mindesten die Beziehungen, die heute existieren und daher rühren, daß der Boden den landwirtschaftlichen Genossenschaften oder gesellschaftlichen Organisationen zur Nutzung überlassen wird.

In dem Verfassungsentwurf sind auch viele andere wichtige Prinzipien und Normen verankert, die mit dem Aufbau und Funktionieren des gesamten politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Lebens zusammenhängen. Die neue Verfassung wird die hauptsächliche Quelle und die Grundlage unserer künftigen Gesetzlichkeit sein.

Unser sozialistischer Staat, sagte Genosse Enver Hoxha ferner, ist der Staat der Arbeiterklasse, ist ihre Diktatur, deren soziale Grundlage auf dem unverbrüchlichen Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern beruht, es ist der Staat der wahrhaft revolutionären Demokratie. In diesem Staat hat das Volk seine eigenen Geschicke in die Hand genommen und regiert das Land.

Diese großen Ideen spiegelt die neue Verfassung wider, sie entwickelt und verteidigt sie. Auf diesen Ideen und ihrer Verwirklichung beruht die große Kraft unseres Volkes. Diesen korrekten Ideen und entschlossenen Handlungen liegt die korrekte Politik des albanischen Staates zugrunde, die er in der internationalen Arena verfolgt und die die Völker und die fortschrittlichen Menschen verstehen und achten. Unsere Politik wird geachtet und respektiert, weil sie von einer wohlwollenden Haltung den anderen Staaten gegenüber und von dem Wunsch gekennzeichnet ist, daß aufgrund der bekannten Prinzipien der Gleichberechtigung, der Achtung der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und des gegenseitigen Vorteils gute Beziehungen existieren mögen.

Wir gehen gegen den imperialistisch-revisionistischen Strom. Unser Strom ist die Revolution und der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, deren Platz der Sozialismus und der Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft einnehmen wird. Diese Gesellschaft ist die Zukunft der Menschheit und sie wird durch Klassenkämpfe mit Blut und Opfern erlangt und errichtet werden. Errichtet wird sie aber auf jeden Fall. Der Imperialismus und der Sozialimperialismus sind im Verfaulen begriffen. Der Sozialismus wird siegen, die Welt und die Menschheit werden von der imperialistischen und sozialimperialistischen Pest erlöst werden.

Die Billigung der neuen Verfassung , sagte Genosse Enver Hoxha abschließend in seinem Bericht, ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte unseres Volkes, ein äußerst wichtiger Schritt in unserem Kampf für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Voll und ganz auf die marxistisch-leninistischen Prinzipien gestützt, die unsere ruhmreiche Partei schöpferisch anwendet, indem sie unsere revolutionäre Erfahrung wissenschaftlich verallgemeinert, bildet die Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ein Dokument von großer theoretischer und praktischer Bedeutung, daß dem vollständigen und erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in unserem Land dienen wird. Unser heldenhaftes Volk, das sein Leben neu aufbaut, ohne sich durch die imperialistisch-revisionistische Einkreisung einschüchtern zu lassen, wird, indem es die großen Aufgaben des 7. Parteitages in die Tat umsetzt, den sozialistischen Aufbau weiter vorantreiben und die Verteidigung des Vaterlandes noch mehr verstärken. In seiner Verfassung wird das Volk einen weiteren Ansporn finden für noch größere Siege, um Albanien stärker und wohlhabender zu machen, um den Sozialismus und das Vaterland vor jeder Gefahr, von wo sie auch immer kommen mag, zu sichern.

Grussadresse des ZK der KPD/ML

Genosse Enver Hoxha,
1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens
Genosse Haxhi Lleshi,
Präsident des Präsidiums der Volksversammlung
Genosse Mehmet Shehu,
Vorsitzender des Ministerrats der Sozialistischen Volksrepublik Albanien

Zum 31. Jahrestag der Proklamation der Volksrepublik Albanien übermitteln wir Ihnen unsere brüderlichen Grüße und die herzlichsten Glückwünsche. Die Proklamation Albaniens zur Volksrepublik am 11. Januar 1946 ist ein bedeutendes historisches Datum nicht nur für das albanische Volk, sondern für die Arbeiterklasse aller Länder.

Das tapfere albanische Volk eroberte die Staatsmacht durch die Volksrevolution und errichtete die Diktatur des Proletariats auf den Trümmern des Unterdrückungsapparates der alten herrschen Klassen, des Regimes der Feudalherren und der Bourgeoisie. Nach dem Sieg im nationalen Befreiungskrieg und in der Volksrevolution, nach der Errichtung der Volksmacht trat die albanische Arbeiterklasse, das gesamte albanische Volk seinen unaufhaltsamen Siegeszug auf dem Wege des Sozialismus an, mit dem Gewehr in der einen und der Hacke in der anderen Hand, ungebeugt und niemals besiegt durch die imperialistisch-revisionistische Blockade und Einkreisung sowie die zahllosen Komplotte der in- und ausländischen Reaktionäre.

All dies war möglich, weil das albanische Volk eine unerschütterliche, kluge, den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus treu ergebene Führung besitzt: die ruhmreiche Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze.

Das heroische Volksalbanien begeht den 31. Jahrestag der Proklamation der Volksrepublik erhobenen Hauptes und mit vollen Händen, im Besitz einer Bilanz großer Erfolge und Siege bei der Festigung und Verteidigung der Diktatur des Proletariats, beim Aufbau des Sozialismus, bei der Fortführung der sozialistischen Revolution, der Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit, im Kampf gegen den modernen Revisionismus, gegen Imperialismus und Reaktion. Es begeht diesen Tag im Licht des erfolgreichen und wegweisenden 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens sowie der Verabschiedung der neuen Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik, fest entschlossen, siegreich weiter zu schreiten zum vollständigen Aufbau des Sozialismus. Die Sozialistische Volksrepublik Albanien, das albanische Volk und seine Partei der Arbeit genießen heute großes Ansehen in der Welt und haben sich unter dem internationalen Proletariat, seinen marxistisch-leninistischen Parteien und allen revolutionären Völkern tiefe Liebe und Achtung erworben.

Möge sich in Zukunft in diesem Geiste die Freundschaft und Kampfverbundenheit zwischen dem albanischen Volk und unserem Volk, zwischen dem albanischen Proletariat und dem deutschen, sowie zwischen unseren beiden Parteien noch weiter festigen und stärken!

Mit kommunistischen Grüßen
ZK der KPD/ML
gez. Ernst Aust, Vorsitzender

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	32 m und 41 m (KW)
6.00 - 6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
21.30-22.00	41m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,30 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



Seit mehr als 12 Jahren strahlt Radio Tirana seine deutschsprachigen Sendungen aus. Damals wie heute ist es die revolutionäre Stimme des einzigen sozialistischen Senders in Europa, der uns, wie besonders auch den unter illegalen Bedingungen des Sozialfaschismus kämpfenden Genossen unserer Partei und revolutionären Arbeitern in der DDR, täglich den Weg weist, die kapitalistisch-revisionistische Welt geißelt, die größten internationalen Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegstreiber, den US-Imperialismus und russischen Sozialimperialismus, entlarvt und den Fortschritt und die Siege der marxistisch-leninistischen Bewegung, der revolutionären Kämpfe der Arbeiter und unterdrückten Völker in aller Welt propagiert und die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus gegen die revisionistischen Verdrehungen und Entstellungen verteidigt und verbreitet.

Feiern zum 8. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In einer begeisternden, revolutionären Atmosphäre feierten auch in diesem Jahr in vielen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin Genossen und Freunde der Partei den 8. Jahrestag der Gründung der KPD/ML. Der erste Teil des Abends war geprägt von einem Rückblick auf das vergangene Jahr, oftmals untermalt von Aufführungen der Agit-Prop-Trupps der Partei. Danach ging es überall mit Musik und Tanz ins neue Jahr. Hier einige kurze Berichte:

HAMBURG

Höhepunkt im bis auf den letzten Platz gefüllten Alten Sängerheim in Hamburg war eine Rede des Genossen Ernst Aust. Genosse Ernst ging so mitreißend auf die vor der Partei stehenden Aufgaben ein, daß alle Anwesenden hell begeistert waren und die Rede immer wieder mit ihrem Beifall unterbrachen. Das Veranstaltungsprogramm wurde umrahmt von Beiträgen des AP-Trupps und Sketchen, die Betriebszellen und die Hamburger Soldatenzelle aufführten. Eine Spendensammlung und eine Tombola erbrachten 5 200 DM für die Partei.

MÜNCHEN

Zur Jahrestagsfeier in München kamen rund 50 Freunde und Genossen. Darunter auch Genosse Sascha Haschemi, der über Weihnachten und Neujahr Urlaub vom Gefängnis bekommen hatte. Wie überall, wurde auch hier das neue Jahr mit dem Gesang der „Internationale" begrüßt. Anschließend wurde mit bayrischer Volksmusik zum Tanz aufgespielt.

WESTBERLIN

In Westberlin wurde der Jahrestag der Gründung der Partei auf vier verschiedenen Feiern begangen. Die größte von ihnen, zu der rund 100 Besucher kamen, fand in den Räumen der ROTEN GARDE statt. Auch hier gab es Volksmusik und Volkstanz. Eine Spendensammlung bei dieser Veranstaltung ergab über 300 DM.

BREMEN

70 Freunde und Genossen kamen zur Jahrestagsfeier in Bremen. Hier boten die „Roten Reporter" einen Rückblick auf das vergangene Jahr. In Sketchen wurden außerdem wichtige Kämpfe in Bremen dargestellt. Die ROTE GARDE schenkte an diesem Abend der Partei eine Thälmann-Fahne mit der Aufschrift „Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns zur sozialistischen Revolution!" Besonderes Vergnügen bereitete den Genossen in Bremen ein Stand mit Bildern von Ford, Breschnew und Deng Hsiao-ping, an dem man mit Bällen seine Treffsicherheit üben konnte. Eine Versteigerung und eine Spendensammlung erbrachten 653,50 DM für die Partei und zur Unterstützung der politischen Gefangenen.

FRANKFURT

Zur Frankfurter Jahrestagsfeier kamen rund 150 Freunde und Genossen. Der Frankfurter Agit-Prop-Trupp führte ein Stück auf über den Kampf in einem Betrieb gegen die Entlassung eines Lehrlings. Die Versteigerung eines Bildes erbrachte 600 DM zur Unterstützung von Genossen, die wegen angeblichem Parolenmalens verurteilt wurden. Mit großem Beifall wurde die Nachricht aufgenommen, daß die Genossen aus Offenbach 2 800 DM für die Partei gesammelt hatten.

BIELEFELD

Rund 100 Freunde und Genossen besuchten die Feier in Bielefeld. Mit Interesse wurden die Beiträge von Genossen aufgenommen, die über die Arbeit von Partei- und ROTE-GARDE-Grundeinheiten berichteten. Eine Sammlung zur Unterstützung der Genossen in der DDR ergab 200 DM.

DUISBURG

An der Feier in Duisburg nahmen rund 30 Freunde und Genossen teil. Auch die Roten Pioniere hatten hier ihren Beitrag zur Unterstützung der Partei geleistet: Die Versteigerung von sechs von ihnen gemalten Kalendern ergab 130 DM. Insgesamt kamen an diesem Abend 370 DM für die Partei zusammen.

DORTMUND

Rund 200 Freunde und Genossen kamen zur Feier in Dortmund, die gemeinsam von den Bochumer und Dortmunder Genossen und der neugegründeten Ortsgruppe Herne der KPD/ML veranstaltet wurde. Auf dieser Feier wurde Genossen Heinz Baron auf Beschluß des Zentralkomitees der Partei wegen seines guten Kampfes während der 10 Monate, die er im Gefängnis war, ein Bildband über die Geschichte der PAA überreicht. Auch hier wurde in einer Rede und in einem Beitrag des AP-Trupps auf die wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres eingegangen. Der Erlös aus einer amerikanischen Versteigerung ergab über 2 000 DM für die Partei.

Opfer der ICMESA-Kapitalisten





Die beiden kleinen hübschen Mädchen von Ennio Senno haben heute von schwerer Chlor-Akne entstellte Gesichter. Sie beide, die vierjährige Alice und ihre zweijährige Schwester Stefanie, sind Opfer der hochgiftigen TCDD-Wolke, die sich nach der Explosion im Icmesa-Werk in Seveso über die Region herabsenkte.

Wären die Kinder gleich nach der Giftexplosion evakuiert worden, sagen Wissenschaftler und Ärzte, so wären die meisten der 40 betroffenen Kinder wahrscheinlich gerettet worden. Doch die Konzernleitung des Tochterunternehmens von Hoffmann-La Roche und die italienischen Behörden verheimlichten, solange es ging, daß die Explosion eine hochgradige Vergiftung durch das berüchtigte TCDD bedeutete. So spielten die Kinder noch fünf Tage nach der Giftexplosion in der schwer vergifteten Erde. Heute kann niemand sagen, ob die Vergiftungen jemals geheilt werden können, ob nicht das Leben für die Kinder ein einziges Siechtum sein wird. Die Kapitalisten von Hoffmann-La Roche und die Behörden des kapitalistischen Staatsapparates verharmlosen heute noch die Giftexplosion und ihre Folgen, ja sie haben noch nicht einmal Maßnahmen eingeleitet, um das Gift, das sich auf verschiedene Weise weiter ausbreitet, zu beseitigen.

Faschistischer Anschlag auf die albanische Botschaft in Paris

In der Nacht vom 23. auf den 24. Dezember wurde ein Sprengstoffanschlag auf die Räume der Botschaft der Sozialistischen Volksrepublik Albanien in Paris verübt. Der Anschlag, der von einer Gruppe französischer Faschisten verübt wurde, richtete großen Sachschaden an, glücklicherweise wurde aber kein Genosse des Botschaftspersonals verletzt. Das ist bereits der zweite Terroranschlag gegen die albanische Botschaft in Paris. Schon im August 1974 wurde gegen die Botschaft ein Sprengstoffanschlag verübt. Zuvor war im Mai 1974 ein Anschlag gegen die albanische Botschaft in Rom verübt worden.

Diese faschistischen Terroranschläge sind Ausdruck der Tatsache, daß der Haß aller Reaktionäre sich immer mehr auf das sozialistische Albanien konzentriert; denn unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens erringt das heldenhafte albanische Volk nicht nur immer größere Siege im Kampf für die Festigung der Diktatur des Proletariats und beim Aufbau des Sozialismus, es steht heute auch an der Spitze des Kampfes gegen den Imperialismus. Es erfüllt nicht nur die Kommunisten, sondern alle fortschrittlichen Menschen mit Abscheu und Empörung, daß der faschistische Terror gegen die diplomatischen Vertretungen des sozialistischen Albaniens sich so offensichtlich des Wohlwollens der kapitalistischen Regierungen erfreut, daß weder Maßnahmen getroffen werden, um diese verbrecherischen Anschläge zu verhindern, noch um die Verbrecher aufzufinden und zu bestrafen.

Vor 58 Jahren: Spartakus-Aufstand in Berlin

Gegen die Versuche der Bourgeoisie und ihrer verräterischen sozialdemokratischen Regierung, die Arbeiter zu entwaffnen und die Errungenschaften der Novemberrevolution abzubauen, erhoben sich im Januar 1919 die Berliner Arbeiter zu einem breiten revolutionären Kampf, in dem sie voll Haß über den Verrat der Ebert, Scheidemann und Noske der Bourgeoisie schwere Schlachten lieferten. Die gerade um die Jahreswende gegründete, aus dem Spartakus-Bund hervorgegangene KPD unterstützte mit allen Kräften diesen Kampf des Berliner Proletariats. Doch die Partei, die über so hervorragende Führer wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verfügte, war noch zu jung, ihr Einfluß noch zu gering, um diesen Kampf siegreich zu führen. Im Verlauf des Kampfes wurden am 15. Januar die beiden großen Arbeiterführer und Gründer der KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von Offizieren der konterrevolutionären Soldateska, die die Regierung zur Niederschlagung des Proletariats nach Berlin geholt hatte, feige und hinterhältig ermordet.



Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ....

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... **Datum:** ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungzeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431/7 47 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa. 9-14 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.